

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Die Notverordnung als Weckzeug internationaler Ausbeutung

Bündnis Vöglger-Poncet

Ernsthafte Verständigung der deutschen und französischen Schwerindustrie auf dem Rücken der Proletarier

Phantastische Sparpläne in Preußen

Wie uns mitgeteilt wird, hat der preußische Finanzminister Klepper in dieser Nacht in einer Sitzung mit den Spitzengewerkschaften der Beamten Sparpläne der preußischen Regierung entwickelt, die auf den heftigsten Widerstand der Beamtenvertreter stießen. Er hat dort die Absicht zur Debatte gestellt, zur Deckung des über alle Erwartungen auf Riesenbeträge angeschwollenen preußischen Defizits statt des von der Notverordnung vorgesehenen neunprozentigen Gehaltsabbaus in Preußen einen Abbau der Beamtengehälter um 12 Prozent durchzuführen. Ferner besteht die Absicht, einen sechsenfundelprozentigen Beamtenabbau bis zum 1. April durchzuführen, indem man bis zu diesem Tage stufenweise sämtliche über 60 Jahre alten Beamten aus dem Dienst entläßt. Auch weitertief einschneidende Sparmaßnahmen wurden von Klepper vorgeschlagen, so die Beseitigung von 77 preußischen Amtsgerichten bis zum 1. April, die Vereinigung der Ober- und Regierungspräsidien, soweit solche am gleichen Orte ihren Sitz haben, und weitere ähnliche Maßnahmen.

Hitler als Werkzeug

Paris, 12. Dezember.

Mit Erstaunen nimmt man in französischen politischen Kreisen Kenntnis von der Art, wie die deutsche Presse die französisch-deutschen Beziehungen behandelt. Besondere Verwunderung erregt die immer wiederkehrende Behauptung, daß auf französischer Seite, und zwar bei der Regierung wie bei den führenden industriellen Kreisen, die Bereitschaft zu einer Verständigung mit Deutschland über die schwebenden wirtschaftlichen Probleme und die mit dem Reparationsproblem verknüpften Fragen nicht mehr gegeben sei, wenn die deutsche Reichsregierung eine entscheidende Erweiterung nach rechts erfahre.

Unserm Korrespondenten wurde von autoritativer Seite das Erstaunen darüber ausgedrückt, daß man anscheinend in Berlin nicht davon unterrichtet sei, daß vor einigen Wochen maßgebende Führer der deutschen Industrie — genannt wurden uns die Herren Vöglger, Wiskott und Flick — mit Herrn François-Poncet zu einer Verständigung gelangt sind. Das Ziel der gegenseitigen Politik ist die Herbeiführung einer auf eine engere Produktions- und Absatzgemeinschaft zwischen den Schwerindustrien der französischen und deutschen Schwerindustrie. Dies Ziel soll auch durch einen gegenseitigen Abbau der Zölle für die schwerindustriellen Produkte gefördert werden.

Eine solche wirtschaftliche Verständigung, über die völliges prinzipielles Einverständnis erzielt wurde, wird als Vorbereitung einer politischen Zusammenarbeit angesehen, für die die deutschen Schwerindustriellen des Einverständnisses der hinter ihnen stehenden politischen Kräfte auch in den Einzelheiten glaubten sicher sein zu können. Sie zeigten sich auch bereit, entsprechende Zusicherungen politischer Natur im einzelnen zu geben. Unter diesen politischen Kräften versteht man hier allgemein die Nationalsozialistische Partei, von der hier jedermann weiß, daß sie von der Schwerindustrie mit Geld gespeist wird.

Der Sieg der Schwerindustrie

Berlin, 12. Dezember 1931.

Als Paul Levi im Frühjahr 1924 den Ruhrkrieg und sein Ergebnis: den Dawesplan in ihrem gesellschaftlichen Sinn untersuchte, da stellte er zusammenfassend das folgende fest:

„Der Ruhrkrieg war nichts anderes als ein Teil des politisch-wirtschaftlichen Kampfes zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten. Aber wie jeder Krieg, so war auch dieser nicht beschränkt auf seine außenpolitische Funktion. Und das Ergebnis war: Außenpolitisch ist dieser Kampf, der die französische Schwerindustrie zwingen sollte, sich mit der deutschen Schwerindustrie zu verständigen, statt ihr zu diktieren, mit einer schweren Niederlage der deutschen Industrie beendet worden. Innenpolitisch war es anders. Hier hat der Ruhrkrieg geendet mit einem überwältigenden Sieg der deutschen Konzerne.“

Die deutsche Schwerindustrie gab damals das Spiel nicht verloren. Sie hat ihren Sieg im Innern ausgenutzt zu jener gigantischen Ausweitung der Produktivkraft der deutschen Industrie auf dem Rücken der Arbeiterklasse, die ihre glänzende Fassade in dem machtvollen Aufstieg der deutschen Wirtschaft zeigte und die zugleich die gründliche Vorbereitung jener furchtbaren Wirtschaftskrise war, die heute Deutschland und von Deutschland aus die ganze Welt erschüttert. Durch die Ergebnisse dieses glanzvollen Aufstieges fortschreitend gekräftigt, hat die deutsche Schwerindustrie den Kampf nach außen, den Kampf um die profitable Verständigung mit der französischen Schwerindustrie fortgeführt. Sie hat ihn besser vorbereitet als vor 1923 und mit klügeren Mitteln und in wirksameren Formen geführt.

Durch die Politik der deutschen Sozialdemokratie wurde ihr sogar das Geschenk in den Schoß geworfen, das sie die Verzweiflung, die sie durch die Krise über das deutsche Proletariat und die nach 1924 noch übrig gebliebenen Reste des deutschen Mittelstandes brachte, zur schärfsten Waffe dieses außenpolitischen Kampfes umschmiedete, in der Form der Nationalsozialistischen Partei. Gewissenlos trieb sie das Elend der deutschen Arbeiter auf die Spitze, nachdem sie erst einmal gemerkt hatte, daß es sich nicht gegen sie kehren würde, sondern daß es die nationalsozialistische Waffe im Kampf mit der französischen Schwerindustrie um Quote und Profit

verstärken würde. Diese Waffe hat sich als wirksamer erwiesen als der Ruhrkrieg. Von Jahr zu Jahr und schließlich von Monat zu Monat zeigte sich die französische Schwerindustrie einer Verständigung geneigter, gab über den Youngplan nach bis zum Hoovermoratorium. Und gleichzeitig mit dem Nachlassen der außenpolitischen Forderungen — erzwungen durch die Drohung mit der gegen Frankreich gerichteten nationalistischen Welle — wurde jeder ersparte Pfennig in die Taschen des deutschen Großkapitals geleitet. Nichts bekamen die ausgebeuteten Massen, die man gegen Daweszahlungen und „Youngschmach“ mobilisierte, zu sehen, als die Daweszahlungen heruntergesetzt wurden auf die Sätze des Youngplanes, als die Youngzahlungen gestundet wurden durch das Hoovermoratorium. Im Gegenteil! Je mehr das deutsche Großkapital an ausländischen Zahlungen sparte, um so rücksichtsloser nutzte es die so gewonnene Stärkung aus, um sich auf Kosten der deutschen Proletarier auch im Innern immer mehr

Der Reichstag tritt nicht zusammen

Es wird weiter toleriert

Die Frage der Reichstagseinberufung zwecks Stellungnahme zur letzten ungeheuerlichen Notverordnung ist jetzt so gut wie entschieden.

Die Entscheidung ist herbeigeführt worden durch einen Beschluß des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei, der sich in seiner letzten Sitzung gegen die Einberufung des Reichstags vor Weihnachten ausgesprochen hat. Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat die Entscheidung dem Reichsausschuß überlassen, und es ist kein Zweifel, daß die Fraktion nach dem Beschluß des Reichsausschusses in der Sitzung des Aeltestenrates am Montag gegen die Einberufung des Reichstags stimmen wird. Die Stimmen der Wirtschaftspartei aber geben im Aeltestenrat die Entscheidung für oder gegen Einberufung des Reichstags, genau so wie die Stimmen der Wirtschaftspartei bei der Abstimmung in der Oktobertagung des Reichstags den Ausschlag gaben für eine Mehrheit der Regierung Brüning.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt mit Recht, daß die Wirtschaftspartei ohne Not für die Nichteinberufung des Reichstages stimmen kann, weil in der neuen Notverordnung die Interessen der von der Wirtschaftspartei vertretenen Kreise im weitesten Maße berücksichtigt würden. Das gleiche kann man für die von der Sozialdemokratie vertretenen Volkskreise nicht sagen, deren Interessen sind in der Notverordnung gar nicht berücksichtigt, trotzdem ist heute kein Zweifel mehr darüber, daß die Sozialdemokratie gegen die Einberufung des Reichstags stimmen und damit auch diese schlimmste Notverordnung toleriert. Bei der Entscheidung über die Reichstagseinberufung am Montag wird entschieden die Frage der Tolerierung der neuen Notverordnung. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die bis heute noch an einen Kurswechsel ihrer Partei glauben,

werden am Montag erleben, daß die SPD auch diese Notverordnung, daß sie alles toleriert und daß ein Kurswechsel ausgeschlossen ist.

Die Wirtschaftspartei hat in ihrem Beschluß gesagt, daß sie eventuell im Januar für Einberufung des Reichstags sein wird.

Dazu schreibt aber die bürgerliche Presse, daß das nur eine Ausrede ist und diese Bemerkung nicht wörtlich genommen zu werden braucht. Der Reichstag kann also seinen „Weihnachtsfrieden“ weiter schlafen und die Regierung Brüning kann weiter ungestört Not — verordnen.

Der „Erfolg“ der SPD: Die Winterhilfe mildert die Notverordnung



Warum klagt der Prolet über die Notverordnung? — Er riecht doch die Winterhilfe

zu bereichern. Die Waffe gegen das deutsche Proletariat — es war dieselbe Waffe, die sich so glänzend bewährt hatte gegen die französische Schwerindustrie: die Nationalsozialistische Partei.

Wie unsere Pariser Meldung erkennen läßt, ist das wesentliche Ziel der deutschen Schwerindustrie nunmehr erreicht: die prinzipielle Bereitschaft der französischen Schwerindustrie zur Verständigung, zur Preisgabe des Verlangens nach der unbedingten Unterwerfung. Die Verständigung, von der unsere Meldung spricht, erfolgte

am 15. November in Paris.

Die Namen der Männer, die dort beisammen saßen, unspannen das Programm, über das man dort prinzipiell einig wurde. Vögler und Flick — das sind die Vertreter der Vereinigten Stahlwerke; Flick außerdem in 21 Aufsichtsstellen der Schwerindustrie und der Großbanken; Vögler in mehr als 30 Ämtern der gleichen Art. Wiskott — das ist der Vertreter des Lohrverbands. Und schließlich François-Poncet — das ist der Botschafter der französischen Republik in Berlin und zugleich der Vertrauensmann des Comité des forges, der Zentralorganisation der französischen Schwerindustrie.

Die französische Industrie — nicht völlig im Bilde über das politische Kräftefeld in Deutschland, über die gesellschaftlichen Kräfte, die die politischen Parteien bewegen — hatte erklärlicherweise noch immer Mißtrauen gegen die nationalsozialistische Hochflut, mit der man sie geschreckt und letzten Endes verhandlungsbereit gemacht hat. Wie, wenn die hinwegging selbst über die Köpfe der Vögler, Flick und Wiskott? Aber die deutsche Schwerindustrie hat nun die Maske fallen lassen. Sie hat die Herren beruhigt, daß die nationalsozialistische Bewegung nichts wollen und noch viel weniger etwas können wird gegen den Willen der deutschen Schwerindustrie. Man hat seine Garantien. Und es wirkt in diesem Zusammenhang wie ein Scherz, wenn die schwerindustriellen Führer die nationalsozialistische Bewegung, die „hinter ihnen stehenden politischen Kräfte“ nannten. Während es doch in Wahrheit umgekehrt ist: so, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie hinter der nationalsozialistischen Bewegung steht, in dieser Bewegung ihr Werkzeug hat.

Der Erfolg der deutschen Schwerindustrie ist fürwahr gewaltig. Und die letzte Notverordnung erweist sich, je genauer man sie betrachtet, um so eindeutiger in allen entscheidenden Punkten als das

Werkzeug zur Sicherung und Ausdehnung dieses unerhörten Sieges des Großkapitals über das eigene Volk

nach innen sowohl wie nach außen. Sagten wir schon bei unserer grundsätzlichen Betrachtung dieses Notverordnungswerkes, daß die einzige wenigstens scheinbar gegen den kapitalistischen Profit vorgesehene Maßnahme, die Preissenkung, nur soweit, in der Form und an den Punkten durchgeführt würde, wie es die Herren von Rhein und Ruhr gestatten würden; wiesen wir darauf hin, daß in der Wahl des Deutschnationalen Goerdeler zum Preiskommissar auch die personellen Garantien dafür bereits gegeben seien — so müssen wir nun auch feststellen, daß diese Notverordnung bereits die außenpolitische Ernte des deutschen Großkapitals in die Scheuern bringt. Das erste Kapitel im ersten Teil der neuen Notverordnung beschäftigt sich mit der Preissenkung. Der Absatz 2 des § 5 lautet:

„Die Vorschriften dieses Kapitels finden keine Anwendung auf die Preise für Waren oder gewerbliche Leistungen, zu deren Einhaltung sich die Beteiligten durch einen internationalen Vertrag oder Beschluß verpflichtet haben.“

Hier wird ausdrücklich festgelegt, daß die Profite, die sich z. B. die deutsche und die französische Schwerindustrie gegenseitig durch internationale Kartellpreise garantieren würden, auch durch die Notverordnung, die sonst so tief in das Leben des Volkes einschneidet, nicht angetastet werden dürfen. Ueber der Not, über dem immer wieder reklamehaft herausgesteckten „Nationalinteresse“ steht das Interesse des internationalen Profits!

Die Notverordnung garantiert ihn. Die Notverordnung vom 8. Dezember enthält auf deutscher Seite die Sicherung der deutsch-französischen schwerindustriellen Profitvereinbarungen vom 15. November. Und damit charakterisiert sich diese Notverordnung selbst auf das klarste. Sie ist entzogen der gewaltigen Machtzunahme des deutschen Großkapitals in den letzten Jahren. Sie zieht die profitablen Folgerungen aus dieser Machtverschiebung und schafft die politische Sicherung für ihre Erhaltung und weitere Ausdehnung.

Nur in einem ist die treffliche Rechnung des Großkapitals falsch: Sie berücksichtigt nicht die Dialektik der Geschichte, die

jede dieser Notverordnungen zu einem neuen Hebel macht in den Händen des klassenbewußten Proletariats,

zu einem Hebel, um die Gehirne der Arbeiter aus den Angeln dämmender politischer Bewußtlosigkeit zu heben, zu einem Hebel, der — eingesetzt in die immer tiefer klaffenden Risse im Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft — diese eines Tages zum Zusammensturz bringen muß, damit Raum werde für eine neue Gesellschaft, die zugleich eine neue Verständigung über den Rhein umschließt:

die internationale Verständigung der Ausgebeuteten gegen den internationalen Profit.

Die Gewerkschaften kapitulieren

Wie Notverordnung Lohn abbaut

Die „Arbeitsrechtlichen Vorschriften“ im sechsten Teil der großen, vierten „Notverordnung des Reichspräsidenten“ zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen

bringen in die Haushaltungen der Lohn- und Gehaltsempfänger eine Unsicherheit hinein, über deren Tragweite sie leider noch nicht genügend informiert sind.

Die Gehälter und Löhne werden, ob sie tarifvertraglich vereinbart sind oder nicht, auf der ganzen Linie um 10 bis 15 Prozent gekürzt. Die tatsächliche Kürzung des Arbeitslohns ist aber weit größer, wenn man bedenkt, daß gegenüber dem Januar 1927 die Steuerabzüge und die sozialen Abgaben bedeutend angewachsen sind. Ferner ist es Tatsache, daß zur Zeit weit mehr als 25 Prozent aller Arbeiter und Angestellten in Kurzarbeit stehen, also ein entsprechend vermindertes Arbeitsinkommen haben. Den heute noch von ihrem Arbeitseinkommen lebenden Arbeitern und Angestellten — es dürften ungefähr Zweidrittel aller Arbeitnehmer sein — werden also im Januar durch die Regierungsmaßnahmen weit mehr wirtschaftliche Schwierigkeiten bereitet, als es zunächst den Anschein hat.

Noch bestehen Unklarheiten darüber, wie die Vorschriften der Notverordnung in der Praxis

aussehen werden. Zwischen Gewerkschaften und der Regierung werden Verhandlungen darüber gepflogen. Sämtliche Gewerkschaften (Christen, Hirsche und Freie) haben sich nämlich zur Mitarbeit an der notverordneten Lohn- und Gehaltskürzung bereit erklärt.

Denn diese Mitarbeit ist praktisch da, wenn die Gewerkschaften kamplios sich den Vorschriften fügen.

Der ADGB und der Afa-Bund haben bereits für ihre Funktionäre „Richtlinien“ herausgegeben, in denen sie ihren Funktionären klarmachen, in welcher Form die Notverordnung zur Ausführung gebracht werden soll.

Die Gewerkschaften haben also bereits auf der ganzen Linie kapituliert.

Wenn der Brief Leiparts am Tage vor der Unterzeichnung der Notverordnung noch irgendwelche Illusionen darüber entstehen ließ, daß die Gewerkschaften gegen die von Leipart „gewarnte“ Regierung etwas tun würden,

so zeigen diese Richtlinien, daß die Gewerkschaften nichts anderes tun, als gehorsam die Notverordnung durchzuführen.

In diesen Richtlinien wird zwar mehr oder weniger deutlich die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den von der Notverordnung diktierten Eingriff in die Lohn- und Gehaltszahlung ausgesprochen, aber es werden zugleich auch allerhand Möglichkeiten festgestellt, wie man das Ausmaß des staatlichen Eingriffs in die „autonome Selbstbestimmung“ (das gewerkschaftliche Steckepferd des Arbeitsrechts!) tunlichst beschränken kann. Zur Ausnutzung dieser Möglichkeiten will man schnellstens die Initiative ergreifen, so daß die Regierung Brüning sich wirklich nicht zu beklagen braucht über das mangelnde Verständnis und Entgegenkommen der Gewerkschaften.

Was wird diese Durchführung in der Notverordnung für die Gewerkschaften bedeuten? In der amtlichen Begründung zum sozialpolitischen Inhalt der Notverordnung ist die Rede davon, daß die Lohn- und Gehaltskürzungen „unter Aufrechterhaltung der Tarifverträge“ vorgenommen werden sollen. Wie sich die Regierung über die Bedeutung der Lohnherabsetzung auf den Stand von 1927 nach unseren gestrigen Feststellungen „irrt“, so irrt sie auch bezüglich der Aufrechterhaltung der Tarifverträge. Denn tatsächlich werden mit einem Male

alle laufenden Lohn- und Gehaltsstarife ohne weiteres zerrissen und an ihre Stelle neue Tarifverträge mit schlechterem Vertragsinhalt gesetzt.

Es ist also zwar richtig, daß das Tarifvertragssystem erhalten bleibt, aber der Sinn des Vertragssystems ist dabei verlorengegangen und hat praktisch der

Willkür in der Lohnfestsetzung

Platz gemacht. Bei der Schaffung dieser angeblichen „Nachträge“ zu den laufenden Tarifverträgen ergreift der staatliche Schlichter — falls sich die Tarifvertragspartner nicht zusammenfinden oder einigen können — die Initiative, um die Lohn- und Gehaltsätze in den Lohntarifen mit Wirkung ab 1. 1. 1932 in dem vorgeschriebenen Ausmaß tarifverbind-

lich herabzusetzen. Darüber hinaus kann der Schlichter aber auch die tarifliche Regelung der übrigen Arbeitsbedingungen in den Manteltarifen „nach seiner freien Ueberzeugung“ und „in der gleichen Weise ändern, wie die Parteien selbst“. Zur schnellsten allgemeinen Durchführung der notverordneten Abänderungen aller laufenden Mantel- und Lohntarife ist sogar

ein „abgekürztes Verfahren“ der Allgemeinverbindlichkeit

vorgesehen, indem an Stelle des Reichsarbeitsministers der Schlichter die Allgemeinverbindlichkeit erklären darf.

Die Schlichter erhalten selbstverständlich vom Ministerium genaue Anweisungen für ihre Tätigkeit, so daß von einem „autonomen Tarifrecht“ nicht mehr die Rede sein kann. In der amtlichen Begründung der Notverordnung wird bereits darauf hingewiesen, daß zur besseren reibungslosen

Anpassung der Löhne und Gehälter an die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Industrie und der Einzelbetriebe (!)

laufende Tarifverträge mit größerem räumlichen Geltungsbereich weitgehend zu zerlegen sind, und die neu geschaffenen Tarifverträge und „Nachträge“ nur mit kurzem zeitlichen Geltungsbereich versehen werden dürften.

An dieser „Verfeinerung des Tarifvertragssystems“, bei dem die Tarifverträge zwar formal weiter bestehen bleiben und formal zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein freies Vertragsrecht erhalten bleibt, nehmen nun die freien Gewerkschaften aktiven Anteil. Indem sie darauf verzichten, gegen diese Neuordnung Widerstand zu leisten, übernehmen die Gewerkschaften die

Mitverantwortung an der Zerschlagung des „autonomen Arbeitsrechts“,

des Tarifrechts. An dieser Tatsache wird durch keinen laihnen öffentlichen Protest etwas geändert. Daran wird auch nichts geändert, wenn sie die Verantwortung für das Tolerieren der Notverordnung der Sozialdemokratischen Partei zuschieben, die auch bei der Verordnung des Lohnabbaus wacker weiter toleriert.

Preußens Fleisch-Steuer und -Zoll

Die zuerst von der Presse der Sozialistischen Arbeiterpartei gemeldeten Pläne des neuen preußischen Finanzministers Klepper, zur teilweisen Deckung des preußischen Defizits eine Schlachtsteuer und entsprechend einen Einfuhrzoll auf Fleisch dem Landtag vorzuschlagen, sind nach unserer Veröffentlichung auf den erbitterten Widerstand zunächst der Interessenten gestoßen. Der Fleischerverband hat sich mit einer in entschiedener Sprache gehaltenen Kundgebung gegen Kleppers Pläne gewandt.

Bürgerliche Blätter, wie „Berliner Lokal-Anzeiger“ und „Berliner Tageblatt“, besprechen ebenfalls das Kleppersche Projekt unter dem Gesichtspunkt, daß es in hohem Grade geeignet sei, die Pläne der Reichsregierung auf Preissenkung zu stören.

Zur Sache selbst erfahren wir noch, daß seit einiger Zeit schon

namhafte Staats- und Verfassungsrechtler im Auftrag der preußischen Staatsregierung an Gutachten arbeiten,

die beweisen sollen, daß die Einführung einer sogenannten „Ausgleichssteuer“, die die Einführung der Schlachtsteuer unvermeidlich begleiten müßte und die sich als unverhüllter innerdeutscher Zoll charakterisiert, mit der in Artikel 84 der Reichsverfassung enthaltenen Bestimmung vereinbar wäre, wonach das Deutsche Reich ein einheitliches Zollgebiet bilden soll.

Es ist nicht anzunehmen, daß etwa eine von Preußen, auf Grund der allgemeinen Ermächtigung des Reichspräsidenten vom Oktober, zu erlassende Notverordnung den betreffenden Teil des Artikels 84 der Reichsverfassung außer Kraft setzen könnte. Daß so etwas überhaupt erwogen wird, ist ein typisches Zeichen für den Verfall der kapitalistischen Wirtschaft.

Regierungskrise in Ungarn

Budapest, 12. Dezember.

Am Freitag stand das ungarische Abgeordnetenhaus unter dem Zeichen einer großen Sensation. Aus dem sog. 38er-Ausschuß sind die oppositionellen bürgerlichen Mitglieder ausgeschieden. In dem Schreiben, mit dem sie den Austritt begründen, führen die fünf Parlamentarier u. a. aus, das einzige, was die Regierung tue, sei, der Bevölkerung immer neue Opfer aufzuerlegen.

Am Sonnabend hat sich die Lage noch wesentlich verschärft. Die Christliche Wirtschaftspartei, die bisher die Regierung unterstützte, widersetzte sich dem Plan der Regierung, die Pensionen der Staatsbeamten zu kürzen und beauftragte in einer außerordentlichen Versammlung den Abgeordneten Karl Wolff, den Standpunkt der Partei nochmals darzulegen. In der Sitzung des 38er-Ausschusses wurde zur allgemeinen Überraschung die Frage der Pensionskürzung von der Tagesordnung abgesetzt. Das Pensionskürzungsgesetz wird trotzdem am Sonntag auf dem Verordnungswege in Kraft gesetzt werden. Die Vertreter der Christlichen Wirtschaftspartei beschlossen ihren Austritt aus dem 38er-Ausschuß. Wie verlautet, hat auch Volkswohlfahrtsminister Ernst bereits seinen Rücktritt erklärt.

Begreiflich

Wie die Agentur Indopacifique aus Tokio berichtet, hat der Minister des Aeußern seine Befriedigung über die Resolution des Völkerbundesrates ausgesprochen.

Amerikas Imperialismus in Fahrt

Massenverhaftungen auf den Philippinen

London, 11. Dezember.

In Manila auf den Philippinen ist ein Anschlag gegen die Regierungsbehörden, der in der Nacht zum Freitag ausgeführt werden sollte, aufgedeckt worden. 214 Personen sind verhaftet worden. Die Verschwörer gehören größtenteils der revolutionären Tugulan-

Todesurteil gegen Reins!

Zu Beginn der Sonnabend-Verhandlung erklärte Reins, offensichtlich schwer erschüttert, daß er die Tat aufs tiefste bereue. Der tödliche Ausgang habe nicht in seiner Absicht gelegen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Höfer begrüßte in seinem Plädoyer dieses Bekenntnis des Reins, um so mehr, als er eine solche Erklärung während der ganzen Verhandlung verblich erwartet habe. Weiter führte der Staatsanwalt aus, der Fall sei kein Sozialproblem, denn im Akkord habe Reins mehr verdient als ein höherer Beamter (!). Das Lo. der Arbeitslosigkeit aber habe er mit vielen Millionen geteilt (!), und zudem an seiner Familie und seiner Freundin eine Stütze gehabt. Die Tat ist nach der Auffassung des Staatsanwalts vorsätzlich begangen worden. Gegen die Mutter und die Schwester müsse der Vorwurf der Hehlerei aufrecht erhalten werden, da sie zweifellos gewußt hätten, daß das Geld durch eine strafbare Handlung in ihre Hände gelangt ist. Doch seien gegen die Mutter im höchsten

Maße Milderungsgründe vorhanden. Auch der Schwester könne man Verständnis entgegenbringen.

Der Staatsanwalt antragte wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raube mit Todeserfolg

die Todesstrafe

und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen die Mutter, Frau Ida Reins, wegen Hehlerei 2 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten sind, gegen die Schwester Sophie Reins wegen Hehlerei 7 Monate Gefängnis, die ebenfalls als verbüßt zu erachten sind.

*

Todesurteil!

Um 6.30 Uhr abends verkündete das Schwurgericht das Urteil: Reins wird wegen Mordes in Tateinheit mit Raub zum Tode verurteilt, die mitangeklagte Schwester Sophie Reins zu sieben Monaten Gefängnis, die Mutter, Ida Reins, wird freigesprochen.

Der „Schreckschuß“

Wie sich die Nazi-Angeklagten herauszuschwindeln versuchen

Der Prozeß gegen die Nazimörder von der Hufelandstraße begann am Sonnabend erst mit zweistündiger Verspätung, da die Akten an Gerichtsstelle fehlten und erst herbeigeschafft werden mußten. Beim Erscheinen der Angeklagten, die aus der Haft vorgeführt werden, wiederholen sich die Szenen vom ersten Tag: Faschistengrüße aus dem Zuhörerraum und ihre Erwiderung durch die Angeklagten. Der Gerichtsbeschuß sieht die Zulassung des Vaters des ermordeten Schneider als Nebenkläger vor. Es folgt die Vernehmung des Hauptangeklagten Kollatz.

Kollatz, ein unsympathischer Bursche im Alter von 20 Jahren, Maurerlehrling, ein entwürzelter Proletarierjunge, hat, um sich reinzuwaschen, die NSDAP und seine Mitkläger SA-Führer schwer belastet. In der Hauptverhandlung ist augenscheinlich auf ihn eingewirkt worden, diese belastenden Aussagen zurückzunehmen. Kollatz tut es aber so ungeschickt, daß die Dinge nach seiner Vernehmung bereits völlig klarliegen. In der Schilderung der Begleitumstände versucht er sich der Darstellung des Sturmführers Pressel anzupassen. Er hat in der Silvesternacht getrunken, ist dann mit

Straßenpassanten in Streit geraten, hat dabei eine blutige Nase abbekommen; so zugerichtet, ist er zum Lokal Kirschke gekommen und hat dort erzählt, daß ihm „eins ausgewischt“ wurde. Die Reichsbannerbelagerung ist offensichtlich erfunden, um der Geschichte ein politisches Bild zu geben. Es ist möglich, daß die angerempelten Passanten vielleicht in das Lokal nachdrängen wollten. Die Wirtin verbot den Nazis daraufhin das Lokal. Diese gingen nun zur Filiale des „Angriff“, um Verstärkungen gegen angebliche Reichsbannerangriffe zu holen. Es handelte sich nach ihrer eigenen Darstellung nur um einige „Gäste des Schneiderschen Ladens“. Kollatz hat vorher schon Pressel um Patronen für seinen Revolver gebeten. Ueber die Herkunft des Revolvers will Kollatz keine Auskunft geben, einen Waffenschein besaß er nicht. Eine für die Verhandlungsführung bezeichnende Frage: „Kannten Sie nicht die Bestimmungen Ihrer Partei, die das Tragen von Schußwaffen verboten?“

Auf dem Wege vom „Angriff“ zu Kerschke will er Schneider mit einem Stuhlbein hantieren gesehen haben. Auch Kollatz stellt das Märchen von der drückenden Uebermacht auf! Aber trotz dieser „Uebermacht“ drängen

Becker und Kollatz ungehindert in den Schneiderschen Laden ein. Hier haben Kollatz und Becker geschossen, worauf der junge Schneider zusammenbrach. Angeblich will Kollatz von hinten bedrängt worden sein, worauf der als Schreckschuß „gedachte“ Schuß erst die Richtung änderte und Schneider tödlich traf.

Von diesem Vorgang hat K. in der Voruntersuchung nichts gesagt.

Kollatz ist dann ebenso ungehindert entkommen, was die ganze verlogene Darstellung von der „Uebermacht“ am besten charakterisiert. Die Beschreibung der Flucht ergibt, daß Kollatz von der NSDAP gedeckt und geschützt wurde.

Seine Versuche, entgegen seinen früheren Angaben, Porath zu decken, müssen scheitern. Kollatz wurde zu Porath nach Feldkirch in Mecklenburg geschickt, von diesem mit Geld versehen zu einer Reise nach Kufstein in Bayern, wo er die Grenze überschreiten sollte, um bei einem Polizeihauptmann Maltitz in Innsbruck untergebracht zu werden. Bei der Grenzüberschreitung ist er dann verhaftet worden.

Die Verhandlung wird nach Kollatz' Vernehmung vertagt.

Bürgers Sonntag

Heut schläft man länger als an andern Tagen,
Die frischen Semmeln fehlen auf dem Tisch.
Beschere, Gott, den andern Deine Plagen
Und uns den Gänsebraten knusprig, mild den Fisch.

Im Radio spielt Braun den Weihnachtsengel,
Das regt zum Nachtisch an den Appetit.
„Ich muß Dein Taschengeld verkürzen, lieber Bengel“,
Denn jeden Beutel nimmt es heute mit.

Es ist ja, Gott sei Dank, nicht wie bei armen Leuten,
Die werden von Kartoffelschalen satt.
Die sind geschützt vor Zinsverlust und Pleiten,
Womit sich unsereins zu sorgen hat.

Leg Deinen Pelz, Amalie, um die Lenden,
Ich glaube, Du neigst stark zur Korpulenz.
Wir werden doch den neuen Mieter pfänden;
Wie herzerfrischend predigt Eminenz.

Der Geist der Unzufriedenheit wächst allerorten,
Wir haben viel zu wenig Militär.
Es reicht nun mal für alle nicht zu Torten,
Wenn doch der Kaiser wieder bei uns wär.

Zwar Hitler hat auch eine gute Stimme:
Wenn er nur erst regieren wird im Land.
Dann machen wir mit schwarz-weiß-rotem Grimme
Geschäfte für das liebe Vaterland!

Karl Glas

Frau Juchacz „erklärt“

Sie mußte erst fragen!

Wir brachten vor einiger Zeit die Meldung, daß Frau Marie Juchacz, die Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauenorganisation, sich geweigert hat, einen Protestaufruf gegen die Verurteilung einer unschuldigen Frau zu lebenslänglichem Zuchthaus zu unterschreiben.

Frau Juchacz versucht nun, in der „Dresdner Volkszeitung“ sich zu rechtfertigen. Zunächst gibt sie beides zu: daß ihr der Aufruf übersandt wurde, und daß sie ihre Unterschrift verweigerte. Die Begründung, die sie für dieses Verhalten gibt, ist noch um einige Grade haarsträubender als die Anfechtung selbst.

„Mit meinem Namen“, schreibt die edle Frau, „gebe ich aber zugleich zu erkennen, daß ich voraussetzen kann, daß die Mehrheit der Partei das billigen würde. Folglich mußte ich mir in den Fällen, in denen diese Sicherheit nicht von vornherein gegeben ist, die Zustimmung der Korporation, der ich durch den Willen der Partei angehöre, also des Parteivorstandes, einholen... Zur Prüfung der Sache war keine Zeit gelassen, weil man meine Entscheidung am gleichen Tage verlangte.“

Damit ergab sich die Ablehnung der Unterschrift von selbst.“

Also: in einer Frage, deren Lösung für Hunderte von normalempfindenden Frauen eine absolute Selbstverständlichkeit, zweifelt Frau Juchacz, ob ihr hoher Vorgesetzter, der Parteivorstand, diese Gefühle primitivster Menschlichkeit teilt. Sie wird wohl ihre Erfahrungen haben... Aber wenn sie erst fragen muß, dann hätte sie doch auch fragen müssen, ob sie ablehnen darf. Wenn schon Kadavergehorsam, dann wenigstens konsequent! Keine Zeit? Wir verweisen Frau Juchacz auf die Einrichtung des Telefons. Die Anfrage kam aus Berlin, Telefonnummer war angegeben.

Der Erklärung folgen noch die obligaten Dreckspritzen gegen die SAP, die so unfreundlich war, diese für Frau Juchacz offenbar höchst peinliche Angelegenheit der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Der Fall muß einiges Aufsehen erregt haben, denn bevor Frau Juchacz in Dresden-Neustadt in einer Frauenfeierstunde des Reichsbanners auftreten kann, mußte noch schnell diese Vornotiz in der Volkszeitung erscheinen. Ob sie zum höheren Ruhme der SPD-Geflogenheiten beitragen wird, wagen wir allerdings zu bezweifeln.

Die „neutrale“ Kirche

Eckert aus dem Kirchendienst entlassen!

Karlsruhe, 11. Dezember.

Das kirchliche Disziplinargericht beschloß heute, den Pfarrer Erwin Eckert (Mannheim) aus dem Kirchendienst zu entlassen unter Absprechung der Amtsbezeichnung des Einkommens, des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung sowie des Rechts zur Vornahme von Amtshandlungen. Das Gericht hat sich der Auffassung der Vertreter der oberen Kirchenbehörde angeschlossen, wonach ein evangelischer Geistlicher nicht Mitglied der kirchenfeindlichen kommunistischen Partei sein könne, und daß Eckert seine Rußlandreise ohne Erlaubnis unternommen habe.

Friede auf Erden...

... und den Bolschewistenfressern ein Wohlgefallen!

Dem früheren sowjetrussischen Volkskommissar Lunatscharsky, der sich auf einer Vortragsreise durch Mitteleuropa befindet und in diesen Tagen in Düsseldorf, Essen, Duisburg und Köln sprechen wollte, ist auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember von der Polizei keine Rede-erlaubnis erteilt worden.

Zwar, aber...

Die spanische Republik hat Orden und Ehrenzeichen zwar abgeschafft. Trotzdem kommt soeben aus Madrid die Nachricht, daß der berühmten argentinischen Tänzerin La Argentina der Isabellen-Orden für ihre großen Verdienste um die spanische Tanzkunst in der ganzen Welt verliehen worden sei.

Der kulturelle Aufbau in Rußland

Moskau, 11. Dezember.

Das Kollegium des Volkskommissariats für Bildungswesen der Sowjetunion erörtert dieser Tage die Fragen des Kulturaufbaus der RSFSR für das nächste Jahr. Dabei wird die Erfüllung des Planes für 1931 geprüft. Durch den Grundschulunterricht sollten in diesem Jahre 8 1/2 Millionen erfaßt werden, tatsächlich erfaßten die Grundschulen 12 200 000 Kinder. Für die Schulen höheren Typus waren 1 350 000 Schüler vorgesehen, in Wirklichkeit genossen 1 900 000 Jugendliche Unterricht. Lesen und Schreiben erlernten 13 Millionen anstatt der im Fünfjahrplan vorgesehenen 2 260 000.

Die Ausgaben für Volksbildung steigen im Jahr 1932 in der RSFSR auf das Fünffache der in der Vorkriegszeit.

Lieber tot als lebenslänglich!

Newyork, 11. Dezember.

In dem Gefängnis Leavenworth (Kansas) brach ein Aufruhr aus. Sechs lebenslänglich Inhaftierte drohten mit einer Dynamitsprengung und entflohen schließlich unter gewaltsamer Mitnahme ihrer Wärter im Auto. Es wurden sofort Truppen und Polizei eingesetzt, um die Suche nach ihnen aufzunehmen.

Von den aus dem Gefängnis Leavenworth entsprungenen Sträflingen begingen drei nach ihrer Wiederverhaftung Selbstmord.

Pfimerprozeß am 14. Dezember. Die Staatsanwaltschaft von Graz hat eine auf Hochverrat lautende Anklageschrift gegen Walter Pfimer dem Gericht überreicht. Da Pfimer auf jedes Rechtsmittel verzichtet, wird die Verhandlung gegen ihn gleichzeitig mit der gegen die übrigen angeklagten Angehörigen des Heimatschutzes am 14. Dezember beginnen.

Zum Devaheim-Skandal

Der Herr Pfarrer auf Erholung

Eine „Dienstreise“ des Pfarrers Müller — Ausdehnung der Voruntersuchung

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Berlin I, Landgerichtsrat Dr. Beckmann, hat am Sonnabend nach umfangreichen Ermittlungen die Voruntersuchung in Sachen Devaheim geschlossen und die Akten der Staatsanwaltschaft zur Stellung ihrer Anträge zugeleitet. Die Voruntersuchung, die ursprünglich gegen Generaldirektor Jeppel und seinen Bruder, Pfarrer Cremer und seinen Sohn, ferner gegen Jeppels früheren Mitarbeiter Claussen und den Geschäftsführer Kocks von der Baugenossenschaft in Mülheim geführt worden war, ist nachträglich auch auf den Aufsichtsratsvorsitzenden der Baugenossenschaft des Evangelischen Volksbundes in Mülheim, Pfarrer Müller, ausgedehnt worden, gegen den schon einmal ein Verfahren wegen Anstiftung zur Untreue geschwebt hatte, das aber zur Einstellung kam. Nachträglich ist aber der Berliner Untersuchungsrichter bei seinen Ermittlungen in Mülheim auf neue Momente gestoßen, die ihn veranlaßten, sich telefonisch mit der Staatsanwaltschaft in Berlin in Verbindung zu setzen, die darauf unverzüglich Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung auch gegen Pfarrer Müller stellte.

Wie wir erfahren, handelt es sich um den dringenden Verdacht, daß der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende der Baugenossenschaft absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt hat. Man fand in den Büchern nämlich die Baugenossenschaft mit 3000 Mark belastet, die als „Dienstreise“ Müllers nach dem Ostseebad Heiligendamm ausgewiesen waren. Diese Dienstreise sollte Müller unternehmen,

um die Einrichtungen des Bades für den beabsichtigten Ankauf durch den Devaheim-Konzern zu besichtigen. Diese Besichtigungsreise unternahm Pfarrer Müller mit seiner gesamten Familie, nämlich mit seiner Frau und sechs Kindern, und sie dauerte rund vier Wochen. Vor dem Untersuchungsrichter gab Müller an, seine eine Tochter sei Aerztin, sie habe sich also um die hygienischen Einrichtungen des Bades kümmern müssen, eine andere Tochter sei Sportlehrerin, so daß sie für die Sportplätze von Heiligendamm sachverständig gewesen sei, der eine Sohn sei Geistlicher und habe deshalb die seelsorglichen Verhältnisse in Heiligendamm studieren müssen! Bezüglich des Pastors Cremer ist noch zu bemerken, daß im Verlauf der Voruntersuchung noch so viel weiteres Belastungsmaterial gegen ihn zusammengetragen worden ist, daß noch vor kurzem ernsthaft der Gedanke seiner Verhaftung erwogen wurde, zumal er inzwischen seinen Wohnsitz von Potsdam nach Kiel verlegt hat.

Allerdings nur „erwogen“ — einen Proletarier hätte man ohne weiteres festnehmen lassen!

Im Streit erstochen

Dresden, 11. Dezember.

In einem Lokal der Kanalasse wurde heute abend ein junges Mädchen wegen Geldstreitigkeiten von einem jungen Manne erstochen. Das Mädchen ist auf dem Transport ins Krankenhaus gestorben. Der Täter wurde festgenommen.

Der große Hungermarsch



Demonstration der Not in USA.

Blick auf den Sammelplatz der Demonstranten in Indianapolis. Rechts ein Planwagen mit der Aufschrift: „Hungermarsch nach Washington“.

Brüning bricht die Zinsknechtschaft

Zwangskonversion der Zinsen

Das große, immer wieder angekündigte und immer wieder verzögerte Sanierungswerk Brüning's, das als „Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“ in die Gesetzesammlungen eingeht, entspricht in allen seinen Punkten dem, was nach der offenkundig gewordenen Ratlosigkeit des zu seinem Geburtshelfer berufenen Wirtschaftsbeirats zu erwarten war. Es ist ein Sammelsurium von Maßnahmen, die sich größtenteils gegenseitig schneiden und durchkreuzen und eine Einheitlichkeit nur insofern aufweisen, als die wirtschaftlich Schwachen ebenso rücksichtslos neu behürdet wie die wirtschaftlich Starken rücksichtsvoll geschont werden. Insofern deckt sich die „Vierte“ durchaus mit ihren drei Vorgängerinnen, die allesamt auf denselben Ton abgestimmt waren. Auch sie entbehren jeder organischen inneren Geschlossenheit und auch sie nahmen die Verteilung von Lasten und Kosten lediglich nach dem Gesetz des geringsten Widerstandes vor, ohne aber darum den ihnen gestellten Zweck, die „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“, zu erreichen.

Gleichwohl kennzeichnet die „Vierte“ unverkennbar einen gewissen Wendepunkt. Erstmals sind die Träger der Opfer nicht allein mehr die Lohn- und Gehaltsbezieher, die Sozialversicherten, die Krüppel der Arbeit und des Krieges, sondern auch Teile der Kapitalistenklasse selbst. Das geschieht einmal dadurch, daß der Zwangsvollstreckungsschutz, wie er bereits in der jüngsten Osthilfe-Notverordnung für die Landwirtschaft des Ostens vorgesehen war, nunmehr nicht nur generell auf die gesamte deutsche Landwirtschaft, sondern auch auf jeden Grundbesitz überhaupt ausgedehnt wird, sowie vor allem durch die in der Notverordnung vorgesehene Zwangskonversion für Zinsen.

Eingriff ins Eigentum

In beiden Fällen handelt es sich um Eingriffe in die bestehende kapitalistische Rechtsordnung von gar nicht abzuschätzender Tragweite. Der Zwangsvollstreckungsschutz entzieht den Agrar- und Grundbesitz dem Zugriff der Gläubiger und beschränkt letztere hierdurch weitgehend in ihren Besitzrechten. Die Zwangskonversion wirkt in der gleichen Richtung, indem auch sie die Schuldner zum Nachteil der Gläubiger bevorzugt. Beide Maßnahmen stellen die eigentliche große Überraschung dieser Notverordnung dar. Die bürgerliche Presse hatte, soweit sie nicht zur „grünen Front“ gehörte, schon sehr nachdrücklich vor dem Experiment des Zwangsvollstreckungsschutzes für den Osten gewarnt, und nun mußte sie erleben, daß das Experiment gewissermaßen zu einem Hauptbestandteil des Sanierungswerkes gemacht wurde. Und was die Zwangskonversion für Zinsen angeht, so war zwar vor einigen Wochen von einer bevorstehenden Zinssenkung auf dem Zwangswege sehr viel die Rede gewesen, doch überwog in der letzten Zeit allgemein die Auffassung, daß man das sowieso stets fluchtbereite mobile Kapital unter keinen Umständen durch Herabsetzung der Zinssätze abschrecken dürfe, sondern es im Gegenteil durch Einräumung von Vorteilen noch besonders zum Verbleiben reizen müsse. Das erschien auch sehr logisch. Denn ist die Krise durch die eingetretene Kapitalverflüchtigung verschärft — und niemand wird dies bezweifeln —, so muß einer solchen Entwicklung eben entgegengearbeitet werden. Das aber bedingt vor allem: weitestgehenden Schutz und größtmögliche Sicherung für das Leihkapital bei entsprechend hoher Verzinsung. Indem nun die Notverordnung das gerade Gegenteil der zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen tut, so können schon daraus auch die Wirkungen nur das Entgegengesetzte dessen sein, was als notwendig erkannt worden war: die Flucht des Kapitals wird einen neuen Auftrieb erhalten, und da die Höhe des Leihgeldzinses ein Produkt des Spiels von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt ist, so wird der Zins nicht sinken, sondern noch in steiler Kurve in die Höhe schnellen. Das gilt wenigstens von allen neu abzuschließenden Schuldverträgen, die naturgemäß von der Notverordnung nicht berührt werden können. Das ist der Preis, der für die zwangsweise Zinsherabsetzung bei bestehenden Schuldverhältnissen bezahlt werden muß. Bestenfalls wird also eine Erleichterung für die Gegenwart bewirkt auf Kosten einer nahen und ferneren Zukunft.

Neue Löcher

Ebenso klar ist indessen auch, daß, um die Löcher auf der einen Seite zu stopfen, wieder Löcher auf der anderen Seite aufgerissen werden müssen. Was den einen geschenkt wird, wird den anderen genommen, so daß eigentlich nur eine Verschiebung in den Risiken erfolgt. Mit anderen Worten: die Gefahr der Zusammenbrüche, gegen die die Schuldner gesichert werden sollen, wird einfach auf die Gläubiger verlegt, denn natürlich können diese die entstehenden Zinsausfälle nicht ohne weiteres tragen. Die Gläubiger aber sind neben privaten in der Hauptsache Genossenschaftsbanken, Giro- und Sparkassen, und nicht zuletzt die Sozialversicherungsinstitute. Ihnen wird die ganze Last der Notverordnungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Zinses aufgelastet, und vorläufig ist nicht einzusehen, wie sie von diesen Instituten getragen werden kann.

Wer trägt die Kosten?

Die Verfasser der Notverordnung haben sich von diesen Gefahren offenbar auch Rechenschaft gegeben, worauf vor allem zwei andere Maßnahmen deuten. Deren eine betrifft die gewerblichen Genossenschaften, für die die Zuweisung eines

Fonds bis zu 20 Millionen RM. an Reichsmitteln vorgesehen ist, doch ist nicht einzusehen, wie dadurch die ihnen aus der Zinssenkung drohenden Ausfälle an Einnahmen auch nur einigermaßen ausgeglichen werden können. Die meisten gewerblichen Genossenschaften preifen sowieso schon seit langem auf dem letzten Loch, so daß nur die Wahl bleibt, diese entweder ihrem Schicksal zu überlassen, oder aber ihnen schon in unferner Zeit mit neuen Zuschüssen und Subventionen von Reichs wegen beizuspringen.

Die Sozialrentner werden ausgeplündert

Die andere Maßnahme betrifft die Sozialversicherungsinstitute. Auch bei ihnen hat sich die Finanzlage infolge der rückgängigen Beschäftigung längst bis an den Rand der Katastrophe entwickelt. Die Beiträge schrumpfen von Woche zu Woche zusammen und nun wird ihnen durch die zwangsweise Zinssenkung ein neuer herber Schlag versetzt, der die Einnahmen weiter zusammenschmelzen läßt. Schätzungsweise bringt diese Maßnahme allein der Invalidenversicherung eine Einbuße im Betrage von 80 Millionen

Mark. Gleichzeitig ist eine weitgehende Entwertung der Kapitalanlagen dieses Instituts eingetreten, so daß ein Zugriff auf die Reserven zur Deckung des Defizits nicht möglich ist. Ein Ausweg aus diesem Labyrinth? Die Notverordnung weist ihn, indem kurzerhand die Renten in rigoroser Weise gekürzt werden. So werden beispielsweise in der Unfallversicherung allein durch die Beseitigung der Renten bis zu 20prozentiger Erwerbsunfähigkeit jährlich ungefähr 50 Millionen Mark eingespart, während die Ausgaben der Invalidenversicherung durch Kürzung bzw. Beseitigung der Witwen- und Waisenrenten um 100 Millionen Mark gekürzt werden. Damit wird auch offenkundig, wer die eigentlichen Opfer der Zinsherabsetzung sind, soweit diese die Sozialversicherungsinstitute betrifft: es sind die ohnehin in schlimmster Not lebenden Sozialrentner, die mit ihrem Hunger dafür hüben müssen, daß sich weite Teile der Privatwirtschaft mit Schuldenlasten überzogen haben, die sie nun nicht mehr zu tragen in der Lage sind. Damit diese nicht zugrunde gehen, werden Hunderttausende von Existenzen endgültig vernichtet. Das und nichts anderes ist's, was sich

hinter dieser Brüning'schen Brechung der Zinsknechtschaft in Wahrheit verbirgt.

Gefahren in Sicht

Doch auch damit sind die ganzen furchtbaren Schatten allein dieses einen Teils der „Vierten“ erst annähernd umrissen. In einem viel beachteten Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 11. November hat Prof. Dr. Adolf Weber nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß ein gewaltsamer Eingriff in das Zinsgefüge mit dem Ziele, den landesüblichen Zins herunterzudrücken, nur Bedenken gegen sich hätte und „leicht zum Todesstoß für die deutsche Volkswirtschaft werden“ könnte. Andere Vertreter der Wissenschaft sind, wie man weiß, dieser Erklärung Webers in einer alarmierenden Kundgebung inhaltlich beigesprungen und haben ebenfalls mahnend und warnend ihren Finger vor der Beschreitung eines solchen Weges erhoben. All das hat indessen nichts gefruchtet. Brüning hat die in Ueberfülle vorgebrachten Bedenken in den Wind geschlagen und der einzige Trost, der nun den Warnern bleibt, besteht in der Hoffnung, daß die weitere Entwicklung ihnen ein schlechtes Prophetenzeugnis ausstelle. Das kaum verborgene Unbehagen, das fast aus der gesamten kapitalistischen Presse ob der neuen Notverordnung ertönt, hat nicht zuletzt seinen — wie wir meinen — guten Grund in dieser Unsicherheit, in die nun der gesamte Kapital- und Kreditmarkt Deutschlands gestürzt ist, und in der Tat besitzt man eigentlich keine Handhabe, um annehmen zu können, daß es jetzt nicht eher vom Schlimmen zum Argen als umgekehrt gehe.

Guter Rat ist teuer

Warum aber dann überhaupt ein solches Wagnis? Mit Schrecken denkt man daran, daß schon einmal — es war im Weltkrieg — die deutsche Bevölkerung den Händen von wahren Abenteurern ausgeliefert war, und daß auch diese Erfahrung nicht verhindert hat, daß wenige Jahre später — im Ruhrkrieg — ein gleiches Verhängnis über Deutschland heraufzog. Stehen wir jetzt vor einem dritten derartigen Schreckensakt? Er würde — dessen sind wir gewiß — der Schluß einer furchterlichen Tragödie sein. Einstweilen klammert man sich an Brüning. Die „Frankfurter Zeitung“, die, wenn auch verhalten, ebenfalls stärkste Bedenken gegen die Zwangskonversion für Zinsen anmeldet, rühmt Brüning nach, daß er „höchst verantwortungsbewußt, rastlos fleißig, aber auf wirtschaftlichem Gebiet schlecht beraten“ sei, was auch nicht gerade als Beruhigung empfunden werden kann. Brüning hat aber nicht nur „schlechte Berater“ um sich, sondern er befindet sich eben in einer Lage, wo guter Rat teuer ist. Denn legt er heute den Schuldnern dieses zweifelhafte Zinsgeschenk nicht auf den Weihnachtstisch, dann zieht das Verhängnis eben von einer anderen Seite über Deutschland herauf. Die Folge wäre, daß sich Zusammenbrüche in nie erlebter Zahl vollziehen und daß diese dann die Erschütterung des Kapital- und Kreditmarktes herbeiführen würden, die Adolf Weber und andere bürgerliche Wissenschaftler von dem jetzt betretenen Wege befürchten.

Die Quadratur des Zirkels

Schlecht beraten? Brüning selbst dürfte ob dieses als Entlastung gedachten Urteils der „Frankf. Ztg.“ sicher lächeln. Unmöglich kann er selbst all die andern wirtschaftlichen Widersprüche, um nicht zu sagen: Unstimmigkeiten der vierten Notverordnung übersehen. Wenn, wie ihm, die Aufgabe gestellt ist, einen Kreis zu einem Quadrat umzubiegen, der muß sich eben in Widersprüche verwickeln. Und um nichts anderes geht es heute bei ihm, denn käme es nur darauf an, den Produktionsapparat in Gang zu setzen, dann bedürfte es hierzu keinerlei Künste. Die Frage aber, die Brüning zu lösen hat, besteht darin, diesen Produktionsapparat wieder unter Inachnahme der kapitalistischen Wertungsgrundsätze, das heißt des Prinzips der Rentabilität, anzukurbeln, und das ist etwas völlig anderes. Das bedingt beispielsweise Herabsetzung der Personalkosten und bedingt gleichzeitig hohe Preise. Beide Bedingungen stehen aber wieder miteinander im Widerstreit, denn je weiter Preise und Löhne auseinanderklaffen, desto geringer die Ausnutzungsmöglichkeit des Produktionsapparats. Dazu kommt eine Erschwerung von anderer Seite: ein Preisabbau, der nun seit Jahren gefordert wird, ist wirksam nur von der Seite der Ernährung möglich. Die deutsche Landwirtschaft aber steht in der Republik womöglich noch unter höherem Schutz wie die in dieser Hinsicht doch auch nicht unverwöhnte Industrie, und so ist es ihm versagt, den bei des Preisabbaues gerade dort anzusetzen, wo fühlbare Erleichterungen am schnellsten erreichbar wären. Andererseits wieder stehen Reich, Länder und Gemeinden vor leeren Kassen. Soll die Währung gesichert bleiben, müssen die Löcher gestopft werden. Wie aber werden sie gestopft? Indem man einen neuen tiefen Griff in die ohnehin ausgeplünderten Taschen der Bevölkerung unternimmt und diese von vornherein um die Wirkungen des Preisabbaues bringt, den man, wie in jeder der bisherigen Notverordnungen, so auch in dieser wieder der Bevölkerung verspricht.

Eine bürgerliche Zeitung des Auslands hat einmal Brüning einem Mann verglichen, der sich fortwährend und im Schweiße seines Angesichts vorwärts bewegt und doch nicht von der Stelle kommt. Die neueste Notverordnung ist eine solche Tretradsarbeit, nur mit dem Unterschied, daß das Rad sich über ungezählte Existenzen hinwegwälzt, das Ziel freilich, die Rettung der Privatwirtschaft, doch nicht erreicht wird.

Schrebergarten-Sozialismus

Henriette Fürth, nicht unbedeutendes Mitglied der SPD, hat in der „Gewerkschaftszeitung“, dem offiziellen Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine Artikelserie, „Um die Rationalisierung“, veröffentlicht. In ihrem fünften Artikel vom 28. November d. J. schreibt sie über „Einige notwendige Ergänzungen zur Rationalisierung“ und betont, daß eine Sicherung des Wohnens und des Existenzminimums nottut. Sie zeigt selbst auf, daß sich nach dieser Richtung die Verhältnisse immer mehr verschlechtern, um dann zu schreiben:

„So ist es zu begrüßen, daß jetzt von anderer Seite her der Versuch eines Ausgleichs unternommen wird. Er heißt: Schrebergärten und Stadtrandsiedlung. Man kann diesen Bestrebungen aus verschiedenen Gründen zustimmen. Einmal weil hier für den Arbeitslosen und Kurzarbeiter eine hoch zu bewertende Ausfüllung seiner Freizeit gegeben ist, die zugleich seine ökonomische Lage erleichtern kann. Die alte Naturalwirtschaft taucht in veränderter Form wieder auf. Aber nicht nur das. Im eigenen Häuschen, auf eigenem Land und im eigenen Landbau steckt (und wenn es sich nur um eine Fläche von wenigen hundert Quadratmetern handelt) ein

gutes Stück Heimatgefühl und ein sicherer Schutz gegen die den Kern des Menschen anfassenden Zustände und Tendenzen unserer reichlich anarchischen Zeit.“

Henriette Fürth und den ADGB stört es nicht, daß der Gedanke der Schrebergärten und Stadtrandsiedlung für die Erwerbslosen bei der Arbeiterschaft bisher auf eiserne Ablehnung gestoßen ist. Sie begrüßen diesen Versuch, denn er „erleichtert die ökonomische Lage...“, schafft „ein gutes Stück Heimatgefühl...“ und bildet einen Schutz — sprechen wir ruhig deutsch miteinander — gegen die Radikalisierung. Wir und mit uns die klassenbewußte Arbeiterschaft denken anders über diesen „Versuch“. Den Erwerbslosen und Kurzarbeitern wird damit nicht geholfen, sondern sie werden abgelenkt von ihren Kampfaufgaben und es besteht die Gefahr, daß diejenigen, die den „Versuch“ unternehmen, einer noch größeren Verschuldung als ohnehin schon verfallen. Wir lehnen es ab, auf Kosten der Erwerbslosen Experimente zu veranstalten, wir werden das gesamte Proletariat auf die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft hinweisen und zum Kampf für den Sozialismus aufrufen.

Düsseldorfer Buchdrucker kampfbereit!

Kampf gegen jeden Lohnraub fordern die Düsseldorfer Buchdrucker.

In der am Sonntag, dem 5. Dezember 1931, im Volkshaus Düsseldorf stattgefundenen Bezirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sprach der 2. Gauvorsitzende Fette über den Lohnabbau. Die äußerst gut besuchte Versammlung sprach sich scharf gegen die bei diesem Referat zum Ausdruck gekommene kampflöse Haltung unserer Verbandsvertreter bei den Lohnverhandlungen aus. Gegen vier Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

Der Lohnabbau als Verstoß gegen die noch zu erwartende weitergehende Lohnsenkung durch Notverordnung bedeutet größte Verelendung der Kollegen. Unseren Erwerbslosen kann nur geholfen werden durch Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen. Die Schlichtungsinstanzen erweisen sich immer mehr zu einer Fessel der Arbeiterschaft und als einseitiges Machtmittel der Unternehmer. Die kampflöse Annahme des Lohnabbaues bedeutet einen weiteren Schritt zur Verelendung unserer Organisation und der gesamten Gewerkschaften und führt indirekt zur Stärkung des Faschismus. Wenn der Verbandsvorstand nicht sofort zum Kampf aufruft, besitzt er nicht mehr unser Vertrauen und wir fordern dann seinen sofortigen Rücktritt.“

Des Weiteren wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Anfang nächster Woche findet in den Betrieben eine Urabstimmung statt über folgende Forderung: Die Düsseldorfer Buchdrucker treten sofort in den Streik gegen jeden Lohnabbau.“

GPU verhaftet 41 Lebensmittel-Schieber

Moskau (über Kowno), 9. Dezember.

Auf Veranlassung der Zentralkontrollkommission der kommunistischen Partei wurden am Mittwoch in Charkow, Kiew und anderen Städten der Ukraine umfangreiche Verhaftungen vorgenommen. Die GPU hatte Nachricht erhalten, daß mehrere Angestellte von amtlichen Handelsstellen, die die Lebensmittelkarten ausstellen, sich Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen ließen. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß in Charkow zwei Beamte etwa 5000 Lebensmittelkarten auf den Namen von Verstorbenen ausstellten und sie dann teuer verkauften. Alle Verhafteten wurden in das Gefängnis der GPU eingeliefert. Insgesamt wurden 41 Mann verhaftet.

Der englische Botschafter bei Litwinow

Moskau (über Kowno), 9. Dezember.

Außenkommissar Litwinow empfing am Mittwoch den englischen Botschafter und

hatte mit ihm eine längere Unterredung über die russisch-englischen Beziehungen. In Moskauer politischen Kreisen verlautet, daß diese Unterredung mit dem angekündigten Schritt des englischen Außenministers Simon in der Frage der bisher ergebnislos verlaufenen russisch-englischen Schuldenverhandlungen im Zusammenhang steht.

Prämien- und Gehaltserhöhung für Spezialisten?

Moskau (über Kowno), 10. Dez.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat beschlossen, die Gehaltssätze für Ingenieure und Techniker ab 1. Januar 1932 zu erhöhen. Gleichzeitig werden die Prämienfonds für Techniker und Ingenieure in den Werken erhöht. Besonders gilt dies für die Leichtindustrie, in welcher eine erhöhte Leistung der Spezialisten notwendig ist.

Beginn der Stillhalte-Verhandlungen

CNB Berlin, 10. Dezember.

Die erste Sitzung über das Stillhalteabkommen findet morgen Freitag vormittag um 11 Uhr statt. Die Vertreter der ausländischen Banken werden im Laufe des heutigen Tages in Berlin eintreffen. Von deutscher Seite nehmen an den Verhandlungen Dr. Schlieper (DD-Bank), Dr. Jeidels (Berliner Handelsgesellschaft), Geheimrat Kastl (Reichsverband der Deutschen Industrie) und Reichsbankdirektor Fuchs teil. Zum Vorsitzenden der Beratungen dürfte der Präsident der Chase National Bank, Wiggan, gewählt werden.

Abbruch der deutsch-schweizerischen Verhandlungen

Berlin, 11. Dezember.

In den letzten Tagen haben, wie WTB verlautbart, in Berlin erneut Besprechungen über die künftige Gestaltung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags mit dem Führer der schweizerischen Handelsvertrags-Delegation, Herrn Stucki, stattgefunden.

Obwohl bei den Verhandlungen von beiden Seiten der aufrichtige Wille bekundet worden ist, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden, ist es nicht gelungen, zu einer positiven Lösung zu kommen.

Herr Stucki hat gestern Abend Berlin wieder verlassen, um der Schweizerischen Regierung Bericht zu erstatten.

Tribüne der SAZ

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Wir beginnen heute die Debatte über Außenpolitik und Völkerbund, um für die Diskussion anderer Programmpunkte Raum zu gewinnen.

Schärfster Widerspruch?

Von Anna Siemsen.

Genosse Sternberg erhebt schärfsten Widerspruch gegen meine Ausführungen über die internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse. In zwei Punkten: einmal gegen meine Einschätzung des Völkerbundes, dann gegen meine Beurteilung der Voraussetzungen einer proletarischen Revolution. Den Widerspruch nehme ich zur Kenntnis. Ich hatte ihn erwartet. Zur Begründung dieses Widerspruchs habe ich in möglicher Kürze einiges zu erwidern, weil mir hier ein paar Mißverständnisse vorzuliegen scheinen.

Sternberg schreibt: „Sie (als wie ich) stellt es als Möglichkeit hin, daß im Rahmen des Kapitalismus ein Panuropa entstehen könne, wie auf Basis zahlreicher Kleinstaaten das Deutsche Reich entstanden ist. Dieser Anschauung kann nicht scharf genug widersprochen werden. Wir stehen im Niedergang des gesamten kapitalistischen Systems; aber dieser Niedergang vollzieht sich durchaus nicht gleichmäßig, vielmehr höchst ungleichmäßig. Die einzelnen kapitalistischen Staaten antworten auf die immer schärferen Widersprüche, die sich im Niedergang des kapitalistischen Systems ergeben, nicht mit irgendeiner Solidaritätsaktion, sondern sie antworten damit, daß sie sich immer stärker gegeneinander abriegeln und dadurch die Krisenwirkungen von sich auf den jeweiligen anderen abwälzen suchen. Es ist überaus symptomatisch, daß von sämtlichen kapitalistischen Regierungen in der Nachkriegszeit z. B. ständig erklärt wird, daß man die Zollmauern abbauen müsse, und daß ständig die Zölle erhöht wurden. Es ist weiter durchaus symptomatisch, daß immer und immer wieder die Vorbereitung der Vorbereitung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz verlangt wurde und immer wieder aufgeführt wurde. Für den marxistischen Ökonomen ist das keine Überraschung. Da die imperialistischen Expansionsmöglichkeiten immer geringer werden, da die Zahl der imperialistischen Hunde immer größer wird, und die Zahl der Knochen, die ihnen zur Verfügung stehen, immer kleiner, so werden die Konkurrenzkämpfe der imperialistischen Staaten mit allen ihren Begleiterscheinungen, Zollpolitik usw., immer stärker und werden auf der anderen Seite die imperialistischen Spannungen immer größer. Der Völkerbund war nie etwas anderes als eine Attrappe, die bei den breiten Massen Illusionen erwecken sollte.“

Weitgehend einverstanden, was die Schilderung der Hemmung der Wirksamkeit des Völkerbundes angeht, vollkommen, was sein Versagen betrifft. Das ändert aber keinen Deut an der Tatsache, daß die Aufgaben, für die der Völkerbund geschaffen wurde, da sind, daß sie nach Lösung schreien, und daß für sie eine Organisation geschaffen werden muß. Ich bin durchaus nicht überzeugt, daß der Völkerbund sie lösen wird, habe das entgegen der Behauptung des Genossen Sternberg, an keiner Stelle vorgegeben. Ich halte es mit ihm für durchaus wahrscheinlich, daß der Völkerbund versagt aus den von ihm angegebenen Gründen, ebenso wie ich es für sicher halte, daß unser internationales Bankensystem versagt angesichts der Weltkrise. Deswegen bin ich aber nicht für eine Auflösung aller internationalen Bankinstitute, sondern dafür, daß sich das Proletariat recht eingehend und bedeutend eingehender als bisher mit ihnen, ihrer Struktur, ihren Aufgaben und der Art ihrer Arbeit befaßt. Ich würde auch den Versuch einer finanziellen Autarkie als einen ausgesprochen reaktionären Schritt ansehen und bekämpfen. Genau so scheint mir die Sache auf politischem Gebiet zu liegen, und was der Genosse Sternberg sagt, geht an meinen Behauptungen vorbei und widerlegt eine Meinung, die ich nicht vertreten habe. Falsch und grundfalsch, scheint mir allerdings seine Charakteristik des Völkerbundes als „Attrappe, die bei den breiten Massen Illusionen erwecken sollte“. Da unterschätzt er wohl gewaltig die Rolle der Selbsttäuschung in der Ideologie einer sinkenden Klasse. Die Bourgeoisie sieht, soweit sie nicht ausgesprochen borniert ist, genau so gut wie wir die Notwendigkeit internationalen Zusammenschlusses. Sie müßte sich selbst aufgeben, wenn sie sich sagte: „Der Kapitalismus ist zu einem solchen Zusammenschluß unfähig“. Und das menschliche Bewußtsein arbeitet in solchen Fällen die Widersprüche sehr sauberlich zusammen. Staatliche Souveränität und Völkerbund, kapitalistische Konkurrenz und Wirtschaftsfriede, das ist nicht nur im Bewußtsein „breiter Massen“ sondern auch in dem sehr prominenten Vertreter des kapitalistischen Systems zu verneinen. Wäre es anders, sie würden auch die breiten Massen nicht überzeugen. Der bewußte Betrüger überzeugt niemand. Der betrogene Betrüger, der sich mit seinen eigenen Wünschen täuscht, der reißt die andern mit sich. Und diese andern gilt es zu gewinnen, indem man die Aufgaben des Völkerbundes bejaht und dann in jedem Einzelfalle zeigt, warum er sie nicht erfüllen kann, warum ein Völkerbund in einer imperialistisch verhärteten Welt ein Widerspruch ist, der über diese Ordnung hinausweist, in ihr

aber dauernd gezwungen wird, sich selber und seine Aufgabe zu verneinen. Das scheint mir der Weg zu sein, um auch Absaltsstehende zu gewinnen und zu überzeugen.

Sodann erhebt Genosse Sternberg seinen schärfsten Widerspruch gegen meine Meinung, daß Deutschland nur auf internationalem Wege zum Sozialismus kommen könne. Was er dagegen sagt, ist aber sehr wenig überzeugend. Rußland habe es fertiggebracht und sei doch in einer sehr viel schwierigeren Lage, weil es sich erst auf dem Wege zur Industrialisierung befindet. Für den Ausbruch der Revolution, für die Machtergreifung war das eine Schwierigkeit. Für die Behauptung der Revolution scheint mir dagegen Rußlands Lage unendlich viel leichter als die Deutschlands. Rußland ist ein Erdteil für sich mit dünner Bevölkerung, mit sehr breiter agrarischer Grundlage, ein agrarisches Uberschußgebiet, außerdem durch seine ganze Struktur auch in schlimmsten Notzeiten weit leichter unter einem diktatorischen Regime zu erhalten als ein Land mit überwiegend in Städten und Industriezentren konzentrierter Bevölkerung. Wer das übersieht oder verschweigt, scheint mir verantwortungslos zu handeln. Das aber, was Sternberg für eine

Proletarische Außenpolitik?

Von Joh. Reichenbach, Düsseldorf.

In Ihrem Artikel „Zur Außenpolitik“ stellt Gen. Anna Siemsen durchaus richtig fest, daß für den Durchbruch einer revolutionären Entwicklung nur die Erkenntnis und der Wille der Mehrheit der Arbeiterschaft. Bei der Beantwortung der sich hieraus ergebenden Fragen, wie diese Revolutionierung zu erreichen sei, und was wir in der Zwischenzeit zu tun hätten, kommt die Gen. Siemsen zu bestimmten Erkenntnissen über die Schulung des Proletariats, zur Erreichung eben jener Ziele, der sogenannten subjektiven Bedingungen. So erfreulich es ist, daß Genossin Siemsen auf das Grundsätzliche dieser Frage eingeht, so bedenklich erscheint es, daß hierbei eine Auffassung zutage tritt, die eine völlige Verkennung der dialektischen Entwicklung des Klassenbewußtseins bedeutet. Für Anna Siemsen ist die Arbeiterschaft gleichsam ein Schuljunge, der „Buchstabe für Buchstabe die Fähigkeit gewinnen muß, mit dem Staate, der Wirtschaft, mit allen Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden“. Wir wissen nicht, bei welchem Pensum ihrer Meinung nach das Proletariat gerade angelangt ist, ob noch mit der Fibel beschäftigt oder schon beim großen Plötz — wir wissen aber, daß eben dies ja die Auffassung ist, mit der der Reformismus seine Politik verteidigt, dann aber sogar — wenn es richtig wäre — für seine Konsequenz die Logik für sich hätte. Um uns von Reformismus zu unterscheiden, genügt nicht, einzusehen, daß der „innige Wunsch, die Umwälzung auf friedlichem Wege zu erreichen, verschwindend gering sei“ (wir wissen, daß er überhaupt nicht erfüllbar sein kann und deshalb auch als Wunschbild aus unseren Vorstellungen verschwinden muß!) — weil eben Grundsätze und Taktik nicht verschiedene Dinge sind, sondern auch ihrerseits in dialektischer Verbindung stehen, so muß sich auch an diesen sogenannten taktischen Fragen erweisen, ob wir den Entwicklungsprozeß revolutionär sehen — wie er sich nun einmal abspielt — oder vor dieser unerbittlichen Konsequenz die Augen verschließen. Wir wollen keineswegs „mit den Tagesfragen fertig werden auf Grund einiger allgemeiner Sätze“, sondern die von Genossin Siemsen aufgeworfenen Tagesfragen einmal in diesen Zusammenhang stellen.

Anna Siemsen meint, wenn die kapitalistische Welt sich in ein Chaos auflöst, bevor wir zur Macht gelangen, so ist das für die Arbeiterschaft ein Unglück und eine Gefahr... Diese Situation kann man aber nicht dadurch verhindern, daß man das Proletariat in jene Schule schickt, in der es lernt — Buchstabe für Buchstabe —, mit allen Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden. Diese Schule gibt es nämlich gar nicht! Das eben ist auch eine jener Illusionen, wie die von der Genossin Siemsen rechtens verworfene, vom friedlichen, allmählichen Hineinwachsen in den Sozialismus. Und beide Illusionen haben die entscheidende Konsequenz, daß sie, abgesehen von ihrer Ergebnislosigkeit, dem kapitalistischen System gegenüber auch den verhängnisvollen Nachteil haben, gerade die Entwicklung zu verhindern, die Genossin Siemsen fordert: die Entwicklung zum Klassenbewußtsein. Hierfür bietet die Geschichte gerade ein besonders eindrucksvolles Beispiel in jenen Vorgängen von 1913, die auch Anna Siemsen heranzieht. Sie meint, die erste Ursache der damaligen Niederlage der Arbeiterschaft sei gewesen, daß weder diese noch ihre Führer die Fähigkeit besaßen hätten, mit dem Staate, der Wirtschaft, mit allen Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden und sich daher nicht klar wurden über die ersten notwendigen Schritte. Dieses Beispiel ist von solcher Wichtigkeit, daß wir es hier näher untersuchen müssen.

Zunächst einmal in den breiten Massen der sozialistischen Arbeiterschaft — weit über den Rahmen des Spartakusbundes und der Linken

„nationale Revolution“ anführt, die objektiv revolutionäre Lage, das gilt ja nicht allein für Deutschland. Es gilt ebenso sehr zum mindesten für England, Belgien, Oesterreich. Und die andern Länder nähern sich dem gleichen Zustand mit äußerster Geschwindigkeit. Ist es in Deutschland möglich, die objektive Lage in subjektives Bewußtsein der Massen zu wandeln, so ist es zum mindesten in den west- und mitteleuropäischen Staaten ebenso möglich, und gewiß sind sie von diesem Bewußtsein nicht weiter entfernt als die Masse der deutschen Proletarier, welche in Zentrum, Sozialdemokratie, Hitlerorganisationen oder in politischer Gleichgültigkeit dahinleben. Gewiß ist meine Meinung weder, daß man eine internationale Revolution mit der Uhr in der Hand aberraumt: Mittwoch um 14 einhalb Uhr“. Man beraumt sie überhaupt nicht an. Und ebenso wenig habe ich gesagt oder gemeint, daß man mit diesem Programm warten müsse, bis der letzte Balkenstaat seine Beteiligung erkläre. Was ich meine und sagte, ist einfach dies, daß bei dem objektiv gleichen Reifegrad einer Reihe europäischer Staaten die subjektiven Bedingungen in ihnen geschaffen werden können, daß das bisher von der Internationalen weitgehend versäumt ist, und daß wir jeden, aber jeden Anlaß haben, es nach zu holen. Denn alles, was wir heute an solcher Vorarbeit versäumen, wird sich aufs allerbitterste am europäischen Proletariat rächen in schweren Rückschlägen und in jahrelangen Leiden.

in der USP hinaus gehend — war durchaus das Bewußtsein vorhanden für das, was der erste notwendige Schritt war: eben die Erreichung der politischen Macht. Nicht allerdings war diese Erkenntnis im Bewußtsein ihrer Führer, diese eben standen auf dem Boden einer Auffassung, die vorschreibt, Buchstabe für Buchstabe erst einmal mit dem Staate und allen Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden. Dem Gesetz der dialektischen Entwicklung zufolge führte diese Auffassung zwar dazu, die Rettung und Wiederherstellung der bürgerlichen Klassenherrschaft mit durchzuführen — bis zum letzten Buchstaben des Alphabets, der entscheidende Schritt der Machtergreifung und die Entwicklung der breiten Massen in Sozialdemokratie und Gewerkschaften zum Klassenbewußtsein wurde in verhängnisvollem Maße unterbunden. Die damalige Haltung, dieses „Optieren gegen die Revolution“, wie Genosse Meusel es nannte, ist ja keine zufällige Angelegenheit gewesen des Versagens einzelner „korrupter Führer“, „Arbeiterverräter“ usw., sondern liegt zutiefst begründet in dieser Auffassung vor einer „Schulung“, die gar nicht deutlicher formuliert werden kann als mit den Worten der Genossin Siemsen: Vor der Revolution stehe die Aufgabe der Arbeiterschaft, die Fähigkeit zu gewinnen, mit dem Staate, mit der Wirtschaft, mit allen Einrichtungen der kapitalistischen Wirtschaft fertig zu werden. Wir haben Gewerkschaften gegründet, Konsumvereine, Arbeiterbanken usw. eingerichtet, haben in diesen Organisationen Tausende und aber Tausende von Proletariern geschult. So notwendig diese Arbeit war, so müssen wir doch erkennen, welche gefährlichen Ideologien aus dem damit unvermeidlich sich ergebenden Hineinwachsen in den kapitalistischen Wirtschaftsorganismus entspringen mußten. Wir haben 1918 die Demokratie errungen, die Arbeiterschaft hat gesetzlichen Anspruch auf die Entsendung von Mitgliedern in die Aufsichtsräte der großen Unternehmen, das Tarifrecht stellte das Proletariat als „gleichberechtigten“ Faktor in die Auseinandersetzungen über Lohn und Arbeitszeit. Wir sind dabei der Aufgabe mit den Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden, auch nicht um einen Flohprung näher gekommen! Im Gegenteil, die kapitalistische Gesellschaft ist dabei mit der Arbeiterschaft ausgezeichnet fertig geworden und eben deshalb, weil alle diese Einrichtungen zu einer Einschläferung der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterschaft führten. Und nun zum andern, das die Genossin Siemsen in diesen Zusammenhang stellt. Sie fordert eine entsprechende Erziehungsarbeit an der Arbeiterschaft auf außenpolitischem Gebiet und sieht diese in einer positiven Mitarbeit an der Völkerbundsidee. Hierbei beruft sie sich auf Marx und Engels, die die deutsche Einigung begrüßt hätten. Vor der gleichen Situation in größerem Maßstabe stünden wir heute. Wie damals die Konstituierung des „deutschen Völkerbundes“, des Deutschen Reiches notwendig war, so heute die wirtschaftliche Einigung Europas, die Schaffung seiner politischen Zentralinstanz. Hierbei übersieht die Gen. S. zwei entscheidende Unterschiede. Damals stand die kapitalistische Wirtschaft erst am Beginn ihrer großindustriellen Entwicklung. Der politische Oberbau hatte besonders in den vielen Kleinstaaten noch ausgesprochenen feudalistischen Charakter, die bürgerliche Gesellschaft stand noch vor ihren ersten wichtigsten Aufgaben, der Niederringung aus dem Feudalismus stammender politischer Formen. Zweitens aber war das Proletariat erst am Beginn seiner organisatorischen und ideologischen Selbständigkeit — gemessen an den heutigen Verhältnissen — in geradezu noch embryonalem Anfangsstadium und in entscheidendem Maße anders ist eben auch heute die ökonomische Situation, worauf

Genosse Sternberg in der „SAZ“ vom 6. Dezember hingewiesen hat. Nur scheint es, daß Sternberg hier zu mechanisch die Dinge sieht und nicht dialektisch, wenn er von dem Begriff der „Niedergangsepoche“ ausgehend überhaupt keine Möglichkeiten für den Kapitalismus zu neuen übernationalen Organisationen mehr sieht. Der Monopolkapitalismus — wirtschaftlich Ausdruck heute einer Produktion auf weltweiter Basis, damit des verschärften Absatzkampfes — politisch ringend um neue Formen konzentrierter Entschlossenheit — drängt trotz aller Zollpolitik zum Zusammenschluß auch über Landesgrenzen hinweg zum — nun, gewiß nicht zum „Völkerbund“, der so etwa alles umfaßt, was zwischen Nord- und Südpol Wirtschaft und Politik treibt — aber eben zu jenen „kleinen Völkerbänden“, mitteleuropäischen, paneuropäischen oder wie die schönen Namen alle heißen.

Derartige Blockbildungen können durchaus zustande kommen, daß damit der Kampf nicht aufhört, daß innerhalb solcher politischer Kartelle der „Kampf um die Quote“, d. h. der Kampf um den Einfluß, die Machterweiterung erst recht beginnt, ist selbstverständlich, ebenso wie damit die Geheimdiplomatie nicht verschwunden sein wird.

Und wie immer finden wir auch in diesen neuen Formen kapitalistischer Gesellschaftsbildung jenes „Linersichts-Andererseits“, jenen Widerspruch, der in seiner Unlösbarkeit für den Kapitalismus nur zwei Seiten ein und derselben Sache sind: Wie der Krieg einerseits untrennbar verbunden ist mit dem Begriff kapitalistischer Machtentfaltung und Konkurrenzgesetzlichkeit, so ist er andererseits ein lebensgefährliches Risiko für die Regierungen, die solchen Krieg zu führen haben. Daher das Bedürfnis der Verbreiterung der politischen und wirtschaftlichen Fronten, die nicht zur Abschaffung der Kriege, zum Völkerfrieden führt, sondern zur Stärkung der eigenen Front, zum Versuch, den nächsten Krieg möglichst bis zu dem Zeitpunkt hinauszuschleppen, der als der zweckmäßigste erscheint. Hineinschlittern in den Krieg, das war die Unfähigkeit des Kapitalismus von 1914, der nächste wird systematisch, bewußter ausgelöst werden.

Nun hat aber Genosse Kleineibst noch einen Einwand. Im Bewußtsein der Fragwürdigkeit alles dessen was von kapitalistischen Staaten in Wirtschaftspolitikern gemacht wird, im Bewußtsein auch der mannigfachen Gefahren, die hinter „Kontinental-Europa“ und den großen Auseinandersetzungen der nun entstehenden übernationalen Mächtigkeitsgruppen lauern, fordert er vom Proletariat planmäßige Arbeit, um die neu sich bildenden Formen durch Klassenkampf — mit sozialistischem Geist zu erfüllen. Und diese Feststellung nennt er Abwägung vom Wunderglauben! Nun, es scheint, diese Auffassung ist geradezu der Wunderglaube in Reinkultur. Ist es doch gerade jener fromme Glaube, den uns Bernstein und Konrad Schmidt schon vor etwa 25 Jahren gepredigt haben, den der Krieg zusammenschlug, der dann von Ebert bis Naphtali Revolution und Inflation überdauerte, an den sich in geradezu selbstmörderischer Verzweiflung trotz Krise, Massenarbeitslosigkeit und drohendem Faschismus die SPD geklammert hat, die wir nicht zuletzt um dieser Illusionen willen verlassen haben. Also wieder der Arzt am Krankenbett — sind wir wieder dazu da, der Bourgeoisie Vernunft einzureden, damit Deutschland von der „drohenden Pleite“ gerettet wird?

Wenn nun unsere Freunde Siemsen, Kleineibst und andere mit dem Einwand kommen, daß nun einmal die Macht des Proletariats nicht in nationalem Rahmen, sondern nur auf internationaler Grundlage erobert werden kann, so ist darauf zu antworten, daß die proletarische Weltrevolution auch im Problem der Machtergreifung ein historischer Prozeß ist, d. h. daß natürlich nur auf internationaler Grundlage der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft sich vollziehen kann, daß aber bei der Ungleichheit der Entwicklung die Phase der Machtergreifung sehr wohl sich in verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten ergeben wird. Und keineswegs steht vor dieser Situation die Notwendigkeit „erst mal zu lernen mit allen Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden“. Zeigten wir oben, daß auch die Möglichkeit hierzu — im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft — nicht besteht, so haben wir ja in der russischen Oktoberrevolution das historische Beispiel dafür, daß das Proletariat auf die Verwirklichung dieser Illusion glücklicherweise nicht zu warten brauchte. Wenn wir heute die Problematik der russischen Aufbauarbeit erleben — problematisch genug, um nicht etwa, wie Genosse Rück es meint, die „proletarische Außenpolitik“ an den Wagen der heutigen russischen Staatspolitik zu ketten — problematisch im Sinn des Aufbaus einer wirklich kommunistischen Gesellschaft, so liegt dies ja nicht daran, daß das Proletariat in Rußland erst mal vorher hätte lernen müssen, die Institutionen des Kapitalismus zu beherrschen, sondern es liegt begründet in der besonderen Struktur des russischen Landes, seiner Bevölkerungsdichte, seiner technischen Rückständigkeit usw., Faktoren, die in den großen Industrieländern nur in umgekehrten Verhältnis vorhanden sind. Es ist ja gerade das Wesen der Revolution, daß sie nicht nur nötig ist, um die herrschende Klasse zu stürzen, sondern auch um, nach Marx, die siegende proletarische Klasse überhaupt erst zum Aufbau der neuen Gesellschaft zu befähigen, erst durch die Revolution selbst werden die schöpferischen Kräfte der befreiten Klasse — befreit.

Frauenblatt der SAZ

Ein neues Ausnahmegesetz gegen die arbeitenden Frauen

Die bürgerlichen Parteien wollen nicht zugeben, daß die größte Not der Zeit, die Arbeitslosigkeit, innerhalb des heutigen kapitalistischen Systems nicht zu beheben ist. Sie suchen daher nach Mitteln und Wegen, nicht um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um durch Ausschaltung von Beschäftigten besetzte Arbeitsstellen freizumachen. Der Hauptangriff richtet sich gegen die sogenannten Doppeldienstleistungen, worunter aber nicht die Offiziere mit hohen Pensionen und Aufsichtsratsmitgliedern verstanden werden, sondern die verheirateten erwerbstätigen Frauen. Wie sinnlos — von allen grundsätzlichen Erwägungen abgesehen — dieser Anschlag ist, ergibt sich schon aus der Zahl der überhaupt in Betracht kommenden Frauen. Von den 8,6 Millionen verheirateter Frauen, die im Erwerbsleben stehen, entfallen 2,8 Millionen allein auf die „mithelfenden Familienangehörigen“, die ohnehin nicht aus dem Produktionsprozess auszuschalten und durch andere Kräfte zu ersetzen sind. Es bleiben also weniger als 6 Millionen Frauen übrig, von denen nur ein Teil Arbeiten verrichten, die von Männern übernommen werden könnten. In Handel und Verkehr, Verwaltung und Gesundheitswesen sind im ganzen 50.000 verheiratete Frauen beschäftigt. Gegen diese richtet sich ein neuer Anschlag der Zentrumsparterie, die vor kurzem einen Antrag im Reichstag eingebracht hat, der verlangt, daß die verheirateten weiblichen Beamten aus dem Dienstverhältnis zu entlassen sind. Es liegt auf der Hand, daß durch die Annahme dieses Antrags eine irgendwie spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes nicht eintreten könnte.

Dieser Zentrumsantrag stand vor einigen Tagen im Haushaltsausschuß des Reichstags zur Beratung. Da man einer regierenden Partei von dem Einfluß des Zentrums nicht widersprechen darf, wurde er mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen. Die sogenannte Verbesserung, die von der Sozialdemokratie „erkämpft“ wurde, besteht darin, daß die vorgesetzte Dienstbehörde nicht selbstständig über die Entlassung entscheiden darf, sondern die Genehmigung einer „Schiedsstelle“ einholen muß. Ueber die Zusammensetzung dieser Stelle wird nichts gesagt, aber nach den Erfahrungen, die bisher mit diesen bürokratischen Stellen gemacht worden sind, ist nicht damit zu rechnen, daß sie die Interessen der Arbeiter wahr werden.

Es liegt auch nur im Zuge der Zeit, wenn neben den anderen Verfassungsbestimmungen auch diejenige außer Kraft gesetzt wird, die die Gleichstellung der Geschlechter garantiert.

Three Sorgen . . .

Da bilden wir uns wirklich manchmal ein, die Frauen des Bürgertums hätten keine Sorgen? Weit gefehlt! Das „Berliner Tageblatt“ bringt uns den Beweis, was für Qualen diese armen Frauen oft auszustehen haben. Es hat vorsorglich für seine Leserinnen einen Fragekasten eingerichtet, an den sie sich in jeder Bedrängnis um Rat wenden können. Da fragt nun z. B. eine Beamtin, deren Mann aus einer kleinen Stadt nach Berlin versetzt ist, voll Angst an, ob sie bei dem Vorgesetzten ihres Mannes „Besuch machen“ müßte und, wenn ja, wie sie sich dabei anzuziehen und zu benehmen hat. Sie erhält folgende sachverständige Antwort:

„Wenn der Vorgesetzte Ihres Mannes Ihnen eine Einladung übermittelt hat, machen Sie Sonntag vormittag in der Zeit zwischen 12 und 1½ Uhr in der Familie Besuch. Gleichviel, ob Sie angenommen werden oder nicht. Der Besuch wird abgestattet, ehe Sie der Einladung Folge leisten. Den ersten Besuch macht immer der Jüngere dem Älteren, der in die Stadt Versetzte, der Beamte seinem höheren Vorgesetzten. Die Dame gibt dabei eine Karte ab, der Herr zwei Besuchskarten. Sein Besuch gilt der Dame des Hauses und dem Herrn, während die Frau nur der Dame den Besuch abstattet. Sie trägt ein gutes Vormittagskostüm, Mantel oder Pelzmantel, Hut und weiße Handschuhe. Der Herr einen dunklen Anzug oder Cut mit gestreifter Hose, Zylinder und Stadtmantel. Gleichfalls helle Handschuhe und schwarze Schuhe. Wird man angenommen, dann legt der Herr Mantel, Hut und Handschuhe ab. Stock und Schirm bleiben im Vorzimmer. Die Dame behält Mantel oder Jacke an, ebenso den Hut auf. Trägt der Herr einen Zylinder, so kann er ihn mit den Handschuhen zusammen in das Besuchszimmer nehmen. Dabei hält er die Innenseite des Hutes sich selbst zugekehrt. Sind die Gastgeber noch nicht im Besuchsraum, dann bleibt der Herr stehen, die Dame setzt sich, steht aber beim Eintritt eines Familienmitgliedes auf. Der Besuch währt nur einige Minuten; dabei sei die Unterhaltung neutral. Nun können Sie der Einladung zu der kleinen Abendgesellschaft beruhigt Folge leisten. Sie haben ihre gesellschaftlichen Pflichten erfüllt. Wie Sie sehen, gelten noch immer die guten Umgangsformen.“

Wie wir sehen, hat das Bürgertum durch

Wir wünschen uns Bücher! Hebedegungen, bevor man Kindern Bücher kauft

Wie oft stehen die Erwachsenen ratlos vor der Riesenauswahl unter den Kinderbüchern und wissen nicht, was sie kaufen sollen. Schließlich parkt ihnen dann irgendein freundliches Fraulein hinter dem Ladentisch ein Buch ein, das sie für das betreffende Alter laut Katalog für geeignet hält. Wenn wir Erwachsenen doch mehr davon wüßten, was Kindern wichtig und gut zu lesen ist! Es muß sehr schwer sein, wirklich gut für Kinder zu schreiben. Die meisten dieser Bücher sind nicht kindlich, sondern kindisch. Sie beschreiben nicht die Welt der Kinder und der Erwachsenen, sondern eine Welt, wie Erwachsene, die ihre Kindheit vergessen haben, wünschen, daß Kinder die Welt sehen. Kinder merken aber solchen Betrug und er bestärkt sie im Mißtrauen gegen die Worte der großen Leute.

Das verlogene Geschwätz vieler Kinderbuchschreiber, die die Welt als eine süßlich-moralische Anstalt darstellen, ist keinem Kind zuträglich. Man darf aber auch nicht vergessen, daß besonders jüngere Kinder durch ihre geringere seelisch-körperliche Widerstandsfähigkeit unter zu schweren Erlebnissen, wie sie durch Bücher vermittelt werden können, leiden. Gerade Kinder, die in ihrem täglichen Leben vom Kampf ums Dasein mit ergriffen werden, brauchen als Gegengewicht eine fröhliche leichtere Fabelwelt. Die grausigen alten Märchen und Sagen sind für sie wenig geeignet. Für die ganz Kleinen hat der Verlag Herbert Stiefert, Berlin, schon seit Jahren besonders gute Sachen. Da gibt es die beiden Bändchen vom Männchen, das in alle Kännchen kroch (1,60 M.). Derselbe Verlag gibt die Spielfibel von Tom Seidmann-Freund (3,20 u. 2,90 M.) heraus. Der Verlag F. K. Loewe (Stuttgart) hat eine billige Ausgabe von „Hänschen im Blaubeerenwald“ herausgebracht. Der Verlag J. F. Schreiber in Eßlingen und München bringt das

Buch „Wurzelkinder“ von M. S. von Olfers für 1,80 Mark. Hegel und Schade haben das Buch „Im Mausehäuschen“ von Sixtus und Schade zu 1,65 M. Der Verlag Stalling hat sogar schon zu 0,30 M. lustige bunte Harmonikabücher. Die oben erwähnten Bücher heben wir darum hervor, weil es sonst zu diesen Preisen selten schon etwas Hübsches gibt. Wenn man freilich 3 bis 6 Mark anlegen kann, so hat man eine viel größere Auswahl.

Es gibt kaum ein Kind, das nicht gerne von Tieren erzählt bekäme. Aber auch unter den vielen Tierbüchern muß man gut auswählen. Denn viele Schriftsteller lieben es, Tiere zu vermenschlichen und ihnen moralische, unnatürliche Regungen anzudichten. Es gibt aber so viel wirkliches Heldentum und Güte unter den Tieren, daß dieses Wirklichkeitsferne Gefasel uns der Natur nur entfremdet. Besonders gut erzählt Seton Thompson in vielen Bänden, „Bingo“, „Tierhelden“, von der Natur (Frankh-Stuttgart, 2,50 bis 5,60 M.). — Felix Salten hat in seinem Buch „Bambi“ (Zsolnay, 4,90 M.) eine gute, spannende Beschreibung des Lebens der Rehe in unsern Wäldern gegeben. Größere Kinder, die sich viel mit Tieren beschäftigen, werden sich auch über „Der Kampf der Tertia“ von Speyer (Rowohlt, 6,— M.) und „Wunderbare Reise des kleinen Nils Holgersson mit den Wildgänsen“ von Selma Lagerlöf (neue, billige Ausgabe bei Langen in München) freuen. Beliebte sind auch die Bücher von Lofting „Doktor Dolittle“ (Williams u. Co., 6,50 M.). Eine gute Hundgeschichte ist „Schlamper“ bei Gundert, Stuttgart, in der Reihe der Bändchen zu nur 0,85 Mark.

Für Kinder von 12 Jahren an ist es wichtig, viele der guten Novellen und Erzählungen, Lebensbeschreibungen und Briefe aus der Literatur zu bekommen. Es gelingt den Erwachsenen sehr selten, gute Bücher eigens für

dieses Alter zu schreiben. Die sogenannte Jungmädchenliteratur ist fast durchweg ein süßliches, sentimentales Geschwätz, selbst wenn es sich äußerlich in scheinbar moderne Gedankenwelt begibt. Eine rühmliche Ausnahme macht da das „Buch der Mädel“ von Anna Siemsen (Urania-Verlag, Jena, 2,50 RM.). Viel kurze Geschichten erzählen von dem Leben der Mädchen und Frauen in allen Ländern der Erde.

Kinder können schon früh mit einer eigenen Bibliothek beginnen, die ihnen auch als Erwachsene noch Freude macht. Novellen und Erzählungen von Gottfried Keller, C. P. Meyer, Lüfter, Märcke können gute Beiträge dazu sein. Jetzt ist auch das Alter, wo man mit Nutzen Sagen, Märchen und Chroniken lesen kann. Aber man soll keine bearbeiteten Sachen wählen. Gerade die Wucht und Wahrheit dieser echten Dokumente der Menschheitsgeschichte geben einprägsame Kenntnisse. Bei Reclam kann man schon verhältnismäßig billig solche Bücher bekommen. Die Buchläden sind überschwemmt mit historischen Romanen für Kinder und Abenteuer Geschichten, die von den vergangenen Zeiten nur ein sehr verwachsenes, schöngefärbtes Bild geben. Dafür ist ein Gegengewicht nötig. Denn unsere Jugend will wissen. Auf den Schulen wird sich heute schon um politische Fragen unter den 11jährigen geprügelt. Ihnen unsere verwirrte Zeit begrifflicher zu machen, ist wichtig. Kurz vor Weihnachten ist keine gute Zeit, um Bücher auszusuchen, denn die Läden sind überfüllt. Dagegen haben die Buchhändler zu Weihnachten und Neujahr viel Zeit. Auch die Eltern sind in diesen Tagen weniger überlastet und finden wohl einmal einen Nachmittag, um sich mit ihren Kindern auf die Büchersuche zu begeben. Ein Gutschein für ein schönes Buch unter dem Weihnachtsbaum ist besser als ein eilig eingekaufter Schmöcker. L. Nettebrok.

den Wandel der Zeitereignisse gar nichts zugerlernt; es ist in seinen alten erstarrten Formen stecken geblieben. Und die Frauen des Bürgertums sind so wenig von der Not der Zeit berührt, daß sie noch immer derartigen Unfug ernst nehmen können. Armes Bürgertum!

Die Frau des Arbeitslosen

Die Proletarierfrau, deren Mann arbeitslos geworden ist, hat ein doppelt schweres Leben: Sie muß mit großem Geschick, mit Umsicht und Ueberlegung die wenigen Pfennige verwalten, die dem Haushalt zur Verfügung stehen; dies ist die eine ihrer Aufgaben, und sie ist nicht leicht. Aber sie muß auch viel Geschick, Umsicht und Ueberlegung aufwenden, um die seelischen Folgen der Arbeitslosigkeit auf ihren Mann, auf die ganze Familie zu bekämpfen. Lebensmut und Daseinswille dürfen nicht erlöschen, dann wenn zur materiellen Not sich Verzweiflung, Lebensüberdruß gesellen, wenn sich die Verbitterung so tief in die Seelen frißt, daß jeder Rest von Lebensfreude schwindet, dann erst ist das Unglück vollkommen.

Die Proletarierfrau muß dafür sorgen, daß der arbeitslose Mann nicht zum Opfer seiner Stimmungen wird. Sie muß wissen, was es für die Kinder bedeutet, wenn sie immer nur Klagen hören, wenn sie zu jeder Minute, die sie im Haus verbringen, mit allen Sinnen auf das Elend hingestoßen werden. Das Gemüt des Kindes braucht Wärme, Freude und unbekümmertes Spiel — sonst muß aus dem Kind ein verbitterter Mensch werden. In der Kindesseele muß sich der angeborene Lebensoptimismus voll und ungehindert ausleben können; denn sonst wird diese Seele zerstört durch Menschenfeindschaft, durch asoziale Triebe, die zwar zunächst kaum erkennbar zu wachern beginnen, später aber mit Macht hervorbrechen und den ganzen Menschen in Besitz nehmen.

Gewiß, es ist eine schwere Aufgabe, der leider allzu viele Proletarierfrauen nicht gewachsen sind: mit den wenigen Stempelpfennigen den Hunger zu bannen und außerdem den Mann und die Kinder immer wieder abzulenken vom Elend, den Kindern die Heiterkeit und dem Mann den Kampfeswillen zu erhalten. Wie soll, wie kann sie das tun, da sie selbst doch den Stimmungen zu unterliegen droht, die sie im Hause bekämpfen muß?

Den Kindern soll sie möglichst wenig erzählen von der Not und dem Elend, denn die Kinder wissen und empfinden das alles ja schon ohnehin. Sie soll vielmehr dafür sorgen, daß die Jugend spielt, daß sie ihre freie Zeit in gleichaltriger Gesellschaft verbringt, daß sie wandert und Sport treibt, und — je nach Alter und Veranlagung — gute Bücher liest. Die Klagen über das Elend, die Gespräche über die Not müssen verstummen, wenn die Kinder in die Stube treten. Die Eltern müssen die Kraft zu solcher Selbstbeherrschung aufbringen — im Interesse ihrer

Kinder. Sind diese schon in einem Alter, in dem sie selbst über die Probleme nachdenken, die das Leben stellt, so muß man sie mit Ruhe, mit überlegten Worten aufklären, muß ihnen die sozialen Tatsachen darstellen und sie zur Lektüre der Zeitung und der Klassenliteratur veranlassen, damit sie ihr Schicksal als Gesamtschicksal der Klasse erkennen. All dies läßt sich durchführen in einer Form, die das Klassenbewußtsein weckt, ohne die Seele zu verbittern, die den Blick für die Wirklichkeit schärft, ohne ihn durch Lebensfeindschaft und Selbstverbitterung zu trüben.

Auch hier ist der Frau und Mutter eine große Aufgabe gestellt.

Dem Mann muß die Frau des Arbeitslosen eine gute Kameradin sein, die ihn anregt, Geselligkeit zu pflegen, die mit ihm in die Natur hinaus wandert, ihn auf alles Schöne aufmerksam macht, damit er nicht ausschließlich vom Gedanken an die Häßlichkeit des Daseins beherrscht wird. Sie wird noch mehr als früher dafür Sorge tragen, daß aller ärgerliche Kleinkram, alle Zänkereien zwischen Nachbarn, alles was die Stimmung drücken, was die Laune verderben kann, von ihm fernbleibt. Das wird nicht immer leicht sein, denn was das Herz voll ist, dem läuft der Mund über. Die Frau des Arbeitslosen wird oft das große Opfer der Selbstbeherrschung tragen, sie wird oft heiter erscheinen müssen, auch wenn sie bedrückt und verärgert ist.

Ja, die Frau des Arbeitslosen hat eine große, verantwortungsvolle Aufgabe: jetzt, im Elend muß sie sich bewähren, muß zeigen, daß sie eine gute Gattin und gute Mutter sein kann. Anni Bergmann.

Geburtenstreik

Die Fortschritte der Technik in den letzten zwanzig Jahren sind so gewaltig, daß es heute möglich wäre, mit dem halben Aufwand an Arbeit die doppelte Zahl von Menschen wie vor dem Krieg doppelt so gut zu versorgen; was also einer Verachtfachung des Wirkungsgrads menschlicher Arbeit entspricht.

Im Gegensatz zu dieser Tatsache steht die auffallende Erscheinung, daß in den kapitalistischen Ländern die Zunahme der Bevölkerung seit zwanzig Jahren rapid zurückgegangen ist, so daß völliger Stillstand und absoluter Rückgang in absehbarer Aussicht stehen. In Deutschland beispielsweise betrug die Zunahme der Bevölkerung anfangs des Jahrhunderts jährlich 1,5 Prozent, vor dem Krieg waren es noch 1,2 Prozent, heute sind es nur noch 0,5 Prozent. Woher kommt es, daß die Menschen von heute keine Kinder mehr wollen?

Es kommt, mit einem Wort gesagt, daher, daß das kapitalistische System die Familie zerstört hat. Die Familie in ihrem ursprünglichen, lebendigen Sinn als Lebens- und Arbeitsgemeinschaft nämlich. Was heute den Namen Familie trägt, ist in den meisten Fällen nur ein Schatten, ein kümmerliches Scheinwesen von Familie.

Die Familie in der wahren Bedeutung des Wortes lebt noch auf ein paar Inseln, die von

der kapitalistischen Sintflut noch nicht ganz verschlungen sind: in der Landwirtschaft, im Kleinergewerbe und bei den Wohlhabenden, wo sie übrigens mehr Genuß als Arbeitsgemeinschaft ist und darum immer schon etwas gelockert war. In solchen Verhältnissen sind Kinder noch ein „Segen“ oder zum mindesten kein Unglück. Wo noch ein „Hausstand“ da ist, wo Vater und Mutter daheim sind, können Kinder auch unter bescheidenen Bedingungen menschenwürdig aufwachsen, und wenn sie etwas größer geworden sind, beginnen sie, Helfer und Mitarbeiter zu werden. Es hat einmal eine Zeit gegeben, da bedeuteten sechs Söhne und sechs Töchter für einen Vater Ansehen, Macht und Reichtum; da war darum die Mutter geachtet und galt als die „beste Frau“, die ihrem Manne recht viele Kinder „schenkte“.

Wie anders sieht das heute aus! Und was war es, das der Familie und dem Kinderreichtum des Volkes den Todesstoß gegeben hat? Die Lohnarbeit außer dem Hause. Für den Lohnarbeiter ist die Familie nur noch Belastung. Und wenn die Frau, wie es dann bald geschah, zur Entlastung des Mannes ebenfalls auf Arbeit ging (und, tragisches Schicksal, damit gleichzeitig wieder zur Lohnarbeiterin wurde), dann war es mit „Hausstand“ und „Familie“ vorbei, und aus dem Kindersegen war ein ziemlich eindeutiger Fluch geworden. Wer dazu die Wohnungsverhältnisse des städtischen Proletariats gesehen hat, wer weiß, daß kinderreiche Familien auf dem privatkapitalistischen Wohnungsmarkt heutzutage kaum mehr eine Wohnung bekommen, der wird dort jedem Kind gratulieren müssen, das nicht geboren ist, und jeder Mutter, deren Schoß unfruchtbar bleibt.

Der Verzicht auf das Kind, bei den „besseren“ Leuten oft Ausfluß von Egoismus und Bequemlichkeit, ist beim Proletariat bittere Notwehr gegen ein System, das keine Rücksicht auf menschliche Werte kennt. Solange Eltern und Kindern in der Arbeiterfamilie unweigerlich nur Jammer, Not und Elend bis zur Vertierung herunter bestimmt ist, um so sicherer, je größer die Zahl wird — so lange wird es die Pflicht jedes klassenbewußten Sozialisten sein, den Geburtenstreik zu propagieren. Mögen die Herrschaften im anderen Lager nach der beliebten Methode „Haltet den Dieb!“ dann behaupten, der Sozialismus sei ein Feind der Familie!

Der Kapitalismus hat die Familie vernichtet. Und wenn sie noch zu retten sein sollte, dann nur durch den Sozialismus, durch die Solidarhaftung der Allgemeinheit für den Nachwuchs in der Familie. Die Arbeiterfrau wird gerne wieder Kinder haben, wenn Gemeinde oder Staat ihr die Sorge dafür abnehmen, wenn sie für ihre Mutterschaftsleistung entschädigt statt wie bisher bestraft wird. Aber sie soll um diese Beihilfe nicht wie um ein Almosen betteln müssen; sie soll wissen, daß sie ein Recht darauf hat, so gut wie der Beamte auf seine Kinderzulage oder der Wohlhabende auf seine Steuerermäßigung. Und dieses Recht wird ihr der kapitalistische Staat nicht zubilligen. E. Sch.

Neustadt a. d. Haardt

Trotz Lüge und Verleumdung — der Schutzbund steht. Dem Bundesvorstand des Reichsbanners gebührt für tatkräftige Mit-hilfe bester Dank. Sein Beschluß, daß SAP-Leute dem Reichsbanner nicht angehören können, bewog unsere Genossen zum nächsten Appell der hiesigen RB-Abteilung, geschlossen eine kurze, freundschaftliche Abschiedserklärung abzugeben. Genosse Rolle, ehem. Kameradschaftsführer zur Verfügung des Gaus, sollte vor dem Referat eines Gehalts-klassenkämpfers aus Mannheim diese Erklärung vertreten, und unsere Genossen sollten sodann geschlossen den Appell wieder ver-lassen. Das wurde aber verhindert. Genosse Rolle erhielt das Wort nicht. Man glaubte wohl, der Mannheimer würde einige SAP-Genossen wieder zur SPD zurückreferieren. Während der Diskussion sprach Genosse Schreiber im Sinne der SAP und machte den Referenten auf seine Widersprüche aufmerk-sam. Im Schlußwort griff dieser dann zu dem Mittel der Verleumdung. Diese Methode erregte den Widerspruch unserer Genossen, was einigen republikanischen Verteidigungs-soldaten mißfiel. Sie gaben ihrer Ansicht durch reizende Worte — wie: „Schlagt ihnen auf die Gosh!“ oder: „Schmeißt sie doch raus!“ — Ausdruck. Für unsere Genossen war klar, daß in dieser Atmosphäre jedes Wort zuviel sei, und sie verließen geschlossen den Appell. Für Samstag, den 5. 12., beriefen wir unsere Gründungsversammlung des Schutzbundes ein. Genosse Rolle erläuterte die Aufgaben des Bundes, und die anwesen-den 40 Genossen reichten sich sofort ein. Am Dienstag wurde die Organisation zur ak-tionsfähigen Truppe vollzogen. Der Orts-verein hat seinen Mitgliedstand verdoppelt, und der Schutzbund macht dasselbe. Unsere Werbung wird durch ge-hässige Schimpfereien der uns „Verbrecher“ nennenden SPD-Pressen kräftig unterstützt. Be-sonders ist man über den Genossen Schreiber hergefallen. Er liegt der SPD am härtesten auf dem Magen. Als deren Mitglied ist er landein — landauf in Versammlungen gegan-gen und hat gegen seine Überzeugung, aus Parteidisziplin, für die Erduldungspolitik ge-sprochen, bis es nicht mehr auszuhalten war. Als RB-Kamerad hat er in jeder Gründungs-versammlung referiert, und hat dort gegen Kommunisten und Nazis gesprochen, wo kein anderer SPD-Referent hinwollte (wegen der Prügel die es geben konnte). Gegen diesen Schreiber muß gehetzt und verleumdet wer-den, denn er ist Bezirksvorsitzender der SAP für die Pfalz und könnte die SAP groß machen. Der SPD sei aber verraten, daß derjenige, der die Angelegenheit SAP, RB und RB-Schutzbund bearbeitet, Paul Rolle heißt. Er stellt seinen Namen der SPD-Pressen jeder-zeit zur Besudelung zur Verfügung.

Göppingen

Rückblick auf die Gemeinderatswahlen. Am 6. Dezember fanden in Württemberg Ge-meinderatswahlen statt, an denen sich die Ortsgruppe Göppingen der SAP mit eigener Liste beteiligte. Am 7. November wurde unsere Ortsgruppe gegründet, und in der darauffolgenden Mitgliederversammlung wurde der einstimmige Beschluß auf Beteili-gung an den Gemeinderatswahlen gefaßt. Da uns jede örtliche Propagandamöglichkeit in bezug auf Presse usw. fehlte und auch unsere finanziellen Mittel nicht groß waren, mußten wir unsere Agitation hauptsächlich von Mund zu Mund durchführen. Auch organisierten wir eine ganze Reihe kleinerer Bezirksver-sammlungen, in denen immer ein Genosse über das Thema „Warum SAP?“ und ein anderer über unsere kommunalpolitischen Forderun-gen sprachen.

Ein große Versammlung mit der Genossin Düby und dem Genossen Portune hatte einen vollen Erfolg für unsere Ortsgruppe. Ein Flugblatt, das wir zu den Wahlen zusammen-gestellt hatten, sorgte für die Verbreitung unserer Ideen. Unser Erfolg besteht darin, daß unsere Ortsgruppe, die bei Gründung 20 Mitglieder zählte, in den vier Wochen ihres Bestehens auf 50 Mitglieder angewachsen ist. Wir eroberten in den Gemeinderatswahlen zwar kein Mandat, aber ein Achtungserfolg, der für unsere kommende Agitation von großer Wichtigkeit ist, wurde uns zuteil. Erhielten wir doch für unsere Liste 6175 Stimmen, die sich auf etwa 1000 Wähler verteilen, was bei etwa 15000 Wahlberechtigten für unsere junge Bewegung immerhin eine ganz beachtliche Zahl darstellt. SPD und KPD hatten wir Listenverbindung angeboten, um zu verhindern, daß Arbeiterstimmen für die Arbeiterklasse verloren gehen sollten. Beide Parteien lehnten ab. Resultat: Die Arbeiterklasse verlor ein Mandat. Wir sehen hier an einem kleinen Beispiel, welche Folgen der Parteigoismus hat. Wir werden jetzt weiter arbeiten und den Beweis erbringen, daß wir nicht nur eine achtung-gebietende Partei sind, sondern wir werden auch die Einigung der Arbeiterklasse erzwin-gen. Denn wir wollen die Pioniere eines neuen Staates sein, dessen höchstes Ziel die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus ist.

Düsseldorf

Kampfstimmung im Verband der Deut-schen Buchdrucker. Es war zu erwarten, daß die Versammlung der Düsseldorfer Buch-drucker stark besucht wurde. Auf der Tages-ordnung stand als Hauptpunkt: Stellung-nahme zum Lohnabbauschiedsbeschluß. Der zweite Gausvorsitzende Fette versuchte in seinem Referat, die Haltung der Verbands-vertreter zu rechtfertigen. Wir können nicht kämpfen in dieser Krise, erst muß eine Prosperität da sein, dann werden wir das verlorene Terrain wiedergewinnen, meinte er. Einen anderen Ausweg aus dieser Krise wußte er nicht. Er verstieg sich sogar zu

Eine Aufforderung zur Mandatsniederlegung und die Antwort darauf

Unser Genosse Portune wurde durch Einschreibebrief von der SPD aufgefordert, sein Reichstagsmandat zur Verfügung zu stellen. Hier der Wortlaut der Aufforderung:

Frankfurt a. M., 9. Dezember.

Herrn Andreas Portune, M. d. R.

„Durch die Mitgliedschaft der SPD in Groß-Frankfurt haben Sie ein Reichstags-mandat übertragen bekommen und sich be-reit erklärt, wenn die Mitgliedschaft es for-dert, jederzeit das Mandat in die Hände der Mitgliedschaft zurückzugeben. Nachdem Sie aus der SPD ausgetreten sind, wäre es eigentlich selbstverständlich gewesen, daß Sie damit auch sofort Ihr Reichstagsmandat der SPD hätten wieder zur Verfügung ge-stellt.“

Inzwischen hat eine große Delegierten-versammlung der SPD für Groß-Frankfurt sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und mit allen gegen 8 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Delegiertenversammlung des Groß-Frankfurter Ortsvereins sieht in der Spal-tungsarbeit des Reichstagsabgeordneten Portune einen Verrat an der SPD wie an der gesamten Arbeiterbewegung. Sie for-dert ihn auf, sein Reichstagsmandat nieder-zulegen.“

Auch der Bezirksvorstand der SPD, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, ist dem Beschluß der Frankfurter Partei-genossenschaft beigetreten. Wir erwarten, daß Sie jetzt zu Ihren eigenen Worten stehen und das wahr machen, was Sie der Mitgliedschaft in Frankfurt früher aus eigenem Willen versprochen haben, indem Sie um-gehend Ihr Reichstagsmandat niederlegen.“

Der Bezirksvorstand i. A.: Paul Röhle

Röhle, dem durch die Frankfurter Partei wiederholt bestätigt wurde, daß er es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, dem der Vor-sitzende der sozialdemokratischen Stadtver-ordnenfraktion in einer großen Mitgliederver-sammlung ins Stammbuch schrieb:

„Wenn Du Charakter hättest, aber Du hast keinen Charakter, dann setzt dich Du Dich morgen früh hin und forderst den Par-

teivorstand auf, Dich von Frankfurt a. M. sofort abzurufen.“

Genosse Portune hat in einer Versamm-lung, die zur Panzerkreuzerabstimmung Stel-lung nahm, der Frankfurter Mitgliedschaft erklärt: Ihr habt bei der Wahl ge-wußt, welche Stellung ich zur Koalitionspolitik einnehme. Ihr konntet von mir auch kein an-deres Resultat der Abstimmung erwarten. Solltet ihr meine Haltung nicht billigen, dann müßt ihr das heute durch einen Beschluß zum Ausdruck bringen. Die Versammlung stellte darauf mit überwältigender Mehr-heit dem Genossen Portune das Ver-trauen aus. In der Versammlung war auch der Genosse Reichstagsabg. Metz an-wesend. Die Abstimmung bedeutete für ihn ein Mißtrauensvotum. Für ihn wäre der Beschluß eine moralische Aufforderung zur Mandats-niederlegung gewesen. Franz Metz hat die Kon-sequenzen nicht gezogen.

Genosse Portune hat keine Veranlassung, sein Mandat zur Verfügung zu stellen, nach-dem er vom SPD-Parteivorstand aus der So-zialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde. Das Mandat wurde gegen den Willen der Koalitions- und Tolerierungspolitiker er-kämpft. Die Mitglieder der Frankfurter Partei der SPD haben durch ihre Abstimmung für Portune zum Ausdruck gebracht, daß sie Schluß machen wollen mit der Koalitions- und Tolerierungspolitik der SPD. Es wäre Verrat an der Opposition, den geschäftstüchtigen SPD-Politikern das Mandat auszuliefern.

Röhle kann auch in seinem Schreiben das Schwindeln nicht unterlassen. Er weiß ganz genau, daß Genosse Portune am 2. Oktober vom SPD-Vorstand ausgeschlossen wurde. Trotzdem schreibt er, Portune sei aus der SPD ausgetreten.

Denselben Schwindel begeht er, wenn er schreibt, mit allen gegen 8 Stimmen sei der Beschluß erfolgt. Er weiß ganz genau, daß in der Delegiertenversammlung kaum etwas mehr als ein Drittel der Versammlungsbesu-cher an der Abstimmung teilnahm. Die Mehr-heit der Frankfurter Sozialdemokratie billigt also das Verlangen der Mandatsniederlegung nicht, dem Genosse Portune auch nicht nach-zukommen denkt.

Marxisten aller Schattierungen diskutieren

Die vor einiger Zeit versprochenen Neu-gründungen zweier Ortsgruppen in Pommern sind Wirklichkeit geworden.

In Kolberg fand unsere Gründungs-ver-sammlung am 6. Dezember statt. Vor rund 150 Genossen aller Richtungen sprach der Bezirksleiter von Ostpommern, Genosse Kuschel. Diese Versammlung war deshalb besonders fruchtbar, weil die politische At-mosphäre in Kolberg bisher derart vergiftet war, daß sachliche Auseinandersetzungen zwischen der SPD und KPD seit Jahren zu einer Un-möglichkeit geworden waren. Unser Aufruf zu einheitlicher Aktion über alle Parteischran-ken hinweg wurde besonders von zwei Dis-kussionsrednern der KPD anerkannt, die sich auch mit ihren weiteren Ausführungen auf beachtenswerter Höhe bewegten. Die Notwendigkeit gerade unserer SAP-Bewegung wurde demonstriert durch den Ausspruch des Genossen Otte (von der KPD):

„Diese SAP-Versammlung ermöglicht es in Kolberg zum ersten Male, daß Marxisten aller Schattierungen über die Aufgaben des Proletariats beraten.“

Von der SPD sprachen ebenfalls zwei Ge-nossen zur Diskussion. Der SAJ-Leiter Dumke verfiel in den übelpöhlischen Ton des selbstgerechten Pharisäers, während der Ge-nosse Maß, ein Mann der Parteivorstandslinie immerhin durch eine eigene Meinung, die er sachlich vorzubringen wußte, eine sym-pathische Figur machte. Bevor wir die Ver-sammlung schließen wollten, traf die Nach-richt ein, daß eine Horde Faschisten die Wohnung des KPD-Genossen Otte überfallen und demoliert hatte. Diese Tatsache trug mit dazu bei, daß es unserem Genossen Kuschel im Schluß-wort gelang, durch einen Appell alle An-wesenden zum Bekenntnis der Klas-sensolidarität zu zwingen. Mit der von allen Anwesenden gemeinsam gesungenen Internationale konnten wir diese Versammlung beenden. Eine Anzahl von Neuauf-nahmen war der äußere Erfolg des Tages.

Außerungen, daß auch der Bürgerkrieg keinen Ausweg bringen könnte, sondern wir müßten weiter den Weg „alter Gewerkschafts-taktik“ gehen. Im übrigen betrieb er in seinem Referat Rußlandhetze und hatte den Schluß der Rede darauf zugespitzt, die so ver-haßte Opposition gehörig abzukanzeln. Zu diesem Zweck mußte ein Rundschreiben der RGO herhalten, aus welchem hervorging, daß die Kommunisten den schärfsten Kampf gegen die Gewerkschaften ansetzten. Doch Fette hatte die Rechnung ohne die Düsseldorfer Buchdrucker gemacht. Auf diese machten seine Ausführungen nicht den mindesten Ein-druck. Mit RGO hat die Opposition im Ver-

band der Deutschen Buchdrucker nichts zu tun. Das kam auch in der Diskussion klar zum Ausdruck. Unser Genosse Reinstädler von der SAP sprach in klarer Weise von dem Versagen des kapitalistischen Systems und zeigte im Gegensatz zu Fette einen Aus-weg, den die Arbeiterschaft auch gegen die reformistische Führung in Zukunft gehen wird, ob sie wollen oder nicht. Er sagte weiter, daß die Verelendung der breiten Massen ausschlaggebend für den Weg, den die Gewerkschaften gehen müßten, sein muß. Daß unser Genosse das Ohr der Versammlung hatte, bewies der Beifall am Schluß seiner Ausführungen. Genosse Suchan von der SAP

stellte zuerst fest, wenn wir heute in Opposi-tion zum Reformismus stehen, dann nicht, um zu nörgeln, wie es der Referent darge-stellt hatte, sondern weil die wirtschaftlichen Verhältnisse uns dazu zwingen. Er nehme für sich genau so die ehrliche Überzeugung in Anspruch, daß er mit voller Verantwort-lichkeit der Arbeiterschaft einen Ausweg aus der Krise zeigen will wie der Referent. Ge-nosse Suchan wies dann mit aller Deutlichkeit das Versagen des Reformismus nach. Wir müssen der Arbeiterschaft ohne Ver-schleierung das Versagen des kapitalistischen Systems aufzeigen. Wir müssen den Ar-beitern aber auch ebenso klar sagen, daß es einen Ausweg aus dieser Krise nur geben kann, wenn wir den Kapitalismus stürzen. Weiter führte Genosse Suchan aus, daß uns von den Reformisten trenne, daß sie keinen Ausweg zeigen und damit zum Hemmschuh in der revolutionären Arbeiterschaft werden. Wir wissen, daß 13 Jahre Schlichtungswesen nicht spurlos an der Arbeiterschaft vorübergegan-gen sind, wir wissen daher, wo der Kampf angesetzt werden muß. Wir kämpfen nicht gegen die Gewerkschaften, nein, wir kämpfen in den Gewerkschaften um das Bewußtsein der Massen, das mit der Veränderung des Unterbaues sich ebenfalls wandelt. Wir sprechen klar aus, daß diese Krise nur über-wunden werden kann, wenn die gesamte Ar-beiterschaft sich in Bewegung setzt, unbe-schadet dessen, was die Gewerkschaften dazu sagen. Bestimmend sind die wirtschaftlichen Verhältnisse. Was aber der Reformismus heute tut, ist ein Einschläfern des revolu-tionären Bewußtseins. Dagegen kämpfen wir mit aller Schärfe. Das die Arbeiterschaft nicht von heute auf morgen zum Kampf be-reit ist, wissen wir. Gerade deshalb kämpfen wir und suchen die Voraussetzungen zu schaffen, um das wahr zu machen, was schon Karl Marx gesagt hat: daß die Arbeiterschaft nichts zu verlieren hat als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Ar-beiter selbst sein. Die Ausführungen des Genossen Suchan wurden mit brausendem Bei-fall von der Versammlung aufgenommen. Es sprachen noch einige Kollegen für Rußland, und Maletzki brachte zwei Resolutionen ein, die wir im politischen Teil veröffentlicht haben. Die Düsseldorfer Buchdrucker stehen geschlossen gegen die heutige reformistische Verbandspolitik.

Dortmund

Disziplinarverfahren gegen den Ober-bürgermeister? Wie bekannt wird, bestehen hier Bestrebungen bestimmter parteipolitischer Kreise, gegen den Oberbürgermeister Dr. Eich-hoff beim preussischen Innenminister ein Diszi-plinarverfahren einzuleiten. Als Begründung wird angegeben, daß die Stadt Dortmund durch das Verhalten des Oberbürgermeisters in sei-ner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der VEW um mehrere 100 000 Mark geschädigt worden sei. Durch das Verfahren soll festge-stellt werden, ob Dr. Eichhoff nicht mindes-tens fahrlässig zum Nachteil der Stadt ge-handelt hat.

Dortmund-Hörde

Der Vatermörder Golkowski soll vors Schwurgericht. Gegen den 19jährigen Arbeiter Franz Golkowski, der am 28. November d. J. seinen Stiefvater, den 47jährigen Invaliden Franz Groß, durch drei schwere Schläge mit einem Handbeil auf den Kopf tötete, ist das gerichtliche Verfahren wegen Totschlags er-öffnet worden. G. befindet sich noch in Haft und wird sich demnächst vor dem Schwurger-richt in Dortmund zu verantworten haben.

Castrop-Rauxel

Polizei gegen Arbeitslose. Anlässlich einer Tagung eines hiesigen Ortsausschusses für Winterhilfe in einer Wirtschaft im Stadtteil Habinghorst kam es zu schweren Zusammen-stößen zwischen der stets aufgeregten und eine Weltrevolution witternde Polizei und arbeits-losen Klöckner-Proleten. Die Demonstranten versuchten, in das Tagunglokal zu gelangen, in dem gutgenährte Bürger sich über das Arbeitslosienproblem unterhielten. Sie wurden aber daran gehindert und einige von ihnen wur-den in Haft genommen.

Lünen

Das Dortmunder Arbeitsgericht zeigt sich einmal von der angenehmen Seite. Das Dort-munder Arbeitsgericht beschäftigte sich Frei-tag nachmittag mit den auf § 84,4 des Betriebs-ratesgesetzes gestützten Kündigungseinspru-chen dreier städtischer Arbeiter, die plötz-lich, weil die Stadt Lünen, um zu sparen, die bis dahin von ihnen ausgeführten Arbeiten im „freiwilligen“ Arbeitsdienst (wer sich nicht zur Verfügung stellte, bekam die Unterstü-tzung entzogen) erledigen ließ, überflüssig und entlassen worden waren. Das Gericht erkannte die Unbilligkeit der Entlassungen an und ver-urteilte die Stadt zur Wiedereinstellung bzw. Zahlung einer Abfindung von insgesamt 2000 Mark. Es sprach zur Urteilsbegründung aus, daß es nicht angehe, auf diese Art die noch in Arbeit stehenden Arbeiter arbeitslos zu machen.

Für den Aufbau der Parteiorganisation

brauchen wir Geld! Freiwillige Spenden werden daher jederzeit dankbar entgegengenommen.

Spenden für die Organisation sendet an Post-scheckkonto Leipzig Nr. 41679 (Max Seydewitz)

Feuilleton der SAZ

Versammlung unter dem Weihnachtsfrieden

Bei den meisten Menschen wird die Verkündung des Belagerungszustandes — Verzeihung: des Weihnachtsfriedens, politische Empfindungen hervorgerufen haben, für oder wider, je nachdem. Bei mir, ich muß es gestehen, meckelten sich alsbald auch die organisatorischen Sorgen. Da hatte man mit so viel Mühe Referenten gewonnen, hatte Handzettel und Flugblätter vervielfältigt und gedruckt, hatte Säle bestellt und rechnete sogar darauf, daß Leute kommen würden — und nun war das alles umsonst. Hunderte von Genossen an Dutzenden von Orten hatten viele Stunden dafür gearbeitet, diese Versammlungen zustande zu bringen, hatten zur Vorbereitung ihre letzten Pfennige zusammengekratzt, waren so froh gewesen, daß sie den berühmten Referenten, die „Kanone“, nun endlich doch in ihren Ort bekommen würden — und nun war alles dahin. Da konnte man schon Wut bekommen.

Einige Zeit später dachte ich an meine eigenen Versammlungen. Da waren, ich will wieder ganz ehrlich sein, meine Empfindungen nicht ganz einheitlich. Einerseits war es natürlich sehr traurig, da auch diese Versammlungen ausfallen mußten, andererseits (ihr sagt es gewiß nicht weiter!), war die Aussicht verlockend, endlich einmal wieder zu einer menschenwürdigen Zeit schlafen gehen zu können. Gleich morgen, am ersten Geltungstage des Weihnachtsfriedens, war solch eine öffentliche Versammlung, die nun bestimmt ausfallen würde. Ich überlegte genießerisch, ob ich um 10 Uhr oder gar schon um 9 Uhr ins Bett gehen würde.

Aber es kam anders. Am anderen Morgen war ein Brief da — die Genossen schickten ihn sogar per Einschreiben, damit er nur bestimmt in meine Hand käme — und in diesem Brief stand u. a. folgendes: „Nun sind wir glücklich so weit, daß unsere Versammlung morgen nicht stattfinden kann. Es lebe die freieste Republik der Welt! Es lebe Brüning! Es lebe die Tolerierungspolitik! Es lebe alles, was von oben kommt! Wir müssen uns an den Kopf greifen, ob wir noch da sind. Alles ist gut vorbereitet und da kommt so eine Notverordnung, die alles verbietet. Genosse F., du wirst ja morgen vormittag erfahren, ob Mitgliederversammlungen stattfinden können. Wenn ja, so komme trotzdem nach B., denn wir brauchen einen Genossen, der uns über alle Fragen berichten kann. Ich werde alle Mitglieder einladen. Bei uns geht es vorwärts! Zur Gründungsversammlung waren es 8, das nächste Mal 11, zur Meldung am 1. Dezember 15, heute sind wir 21! Fast jeden Tag neue Mitglieder. Bis zum 1. Januar 1932 sind wir sicherlich 40! Genossen, vorwärts! Arbeiten wir an dem Ausbau unserer Partei zum Wohle der Arbeiterklasse! Freundschaft!“

Wer könnte da widerstehen? Ein bißchen knurrend, aber doch auch gerührt von dem Eifer unserer Genossen, setzte ich mich in den Zug, um das reichlich weit entfernte Städtchen zu erreichen. Selten bin ich mit so viel Freude begrüßt worden. Nun erst recht! war die Parole.

Zur Versammlung hatte sich die Mitgliedschaft fast vollzählig eingefunden —, aber das war ja schließlich keine gewaltige Menge.

Ausverkauf der Republik

Von Herbert Fink

Aus der aktuellen Revue „Wir gehen auf die Straße!“ Ge spielt vom Kollektiv junger Schauspieler im Komödientheater zu Leipzig. (13. bis 23. Dezember 1931.)

Verehrtes Publikum! Zum Weihnachtsfeste geh mit dem Preis ich runter, statt hinauf. Ich biete allen hier das Allerbeste! Man dränge sich zum Weihnachtsausverkauf! Jedem Geschmacke werde ich gerecht, Sie kriegen alles hier, wovon Sie träumen: Freiheit und Frieden, Liebe, Menschenrecht, Ganz billig hier, ich will das Lager räumen, denn die Klamotten liegen hier zuhauf. Darum verschleud're ich sie, Stück für Stück. Hallo! Hallo!
Hallo! Der große Ausverkauf der deutschen Republik!

Den Herr'n Pastoren — Friede sei auf Erden! —

biet ich ein prima, prima Giftgas an. Vielleicht wird's wieder mal wie 14 werden, decken Sie sich ein, Sie brauchen's sicher dann. Ihr Herrgott war ja immer national, von allen Kanzeln wurde uns gepredigt: „der kriegt im Himmel einst ein Ehrenmal, der seinen Erbfeind radikal erledigt“. — Für Koalitionspolitiker: Panzerschiffe! Vorerst mal zwei, bald wird man weitere wagen. Wir kennen doch die altbewährten Kniffe: Wer A und B sagt, wird auch C noch sagen. — Dann hier! Was ganz Besond'eres, liebe Leute: für den Kulturkampf! Süße weiße Mäuschen. Los! Kauft! Macht Adolf Hitler eine Freude! Der ist dann vor Freude ganz aus dem — braunen — Häuschen!

Kommt, kommt, ihr Leute! Strömt zuhauf! Vielleicht ist's euer Glück! Hallo! Hallo!

Trotzdem schien die Polizei große Gefahren zu wittern. Ein betriebsamer, ungeheuer aufgeregter Kommissar war erschienen, und zu seinem Schutz hatte er sich noch einen baumlangen Polizisten mitgebracht, der nicht sehr intelligent aussah, aber sicher gewaltige Kräfte hatte. Diese stattliche Abordnung der staatlichen Macht verlangte Vorweisung unserer Mitgliedsbücher, verglich sie mit unserer Mitgliederliste — und einmal über das andere wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Notverordnung ganz streng innegehalten werden müsse, daß wir schwere Gefängnisstrafen zu erwarten hätten, wenn sich auch nur ein Nichtmitglied in unserem Kreise befände. Das Lächerliche der Situation kam dem wackeren Manne auch durch meine ironischen Bemerkungen nicht zum Bewußtsein. „Meine Herren, machen Sie sich darauf gefaßt, daß wir noch einmal hier erscheinen werden!“ — Mit diesen laut hinausgeschmetterten Worten verließ er, von seinem langen Polizisten gefolgt, das Zimmer.

Auch die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Sonst ärgert man sich wohl darüber, daß in den meisten Wirtschaftshäusern

Hallo! Der große Ausverkauf der deutschen Republik!

Republikaner! Demokraten! Ran! Kommen Sie nur her, Sie liberales Schaff! Ich biete Notverordnungen billigst an. (Die Demokratie hält grade Winterschlaf.) Und wer ein ganzes Dutzend gleich begehrt, kriegt eine Reichsverfassung gratis hier. Der alte Schmöker ist doch nichts mehr wert, der ist ja weiter nichts als Ramschpapier. Na, kommt, ihr Leute, strömt zuhauf! Hallo! Hallo!
Hallo! Der große Ausverkauf der deutschen Republik!

So, ist das alles? Halt! Die Weihnachtspräsente, die uns Herr Brüning notverordnet hat! 400 000 nimmt man die Unfallrente, Lohnsenkung gibt's fürs Proletariat, auch den Beamten nimmt man 9 Prozent, Abzeichen, Uniformen sind verboten. Doch dafür, Himmelherrgottsakrament, wird auch was Positives uns geboten: die Preise werden radikal gesenkt! 'n Augenblick! Entzündet bloß kein Freudenfeuer!

Die Schose wird gleich wieder eingereckt, denn man erhöht dafür die Umsatzsteuer.

So, nun ist meine Kiste aber leer, so leer, wie eure Taschen, euer Magen. Doch will ich jetzt zum Schlusse, bitte sehr, noch meinen Wunsch fürs Neue Jahr euch sagen. Ihr ausgebeuteten Proleten, entrechtet, in den Dreck getreten, schließt euch zusammen! Wacht auf! Die Front formiert, Genossen! Hallo! Hallo!
Dann kommt der letzte Ausverkauf! Der Laden wird geschlossen!

Wände so dünn sind, daß man die Geräusche aus allen Nebenräumen hört — in diesem Fall war es sehr nützlich. Denn hinter einer dieser Wände, im Saal nebenan, da saß ein ganzes Häuflein von solchen, die trotz der Notverordnung gekommen waren und nicht darauf verzichteten wollten, unsere Versammlung wenigstens als Zuhörer mit zu erleben. Ich brauchte nur ein bißchen lauter zu sprechen — dann konnte mich das unsichtbare Publikum genau so gut verstehen, wie das sichtbare. Eine geradezu mustergültige Ruhe herrschte nebenan. Nur einmal hörte man ein mühsam unterdrücktes Husten. Da mußten wir alle ein bißchen lächeln.

Die pflichttreue Polizei erschien nach einer Stunde wieder, aber der freundliche Wirt sorgte dafür, daß es ihnen in der Gaststube besser gefiel. Wir aber führten eine Versammlung durch, die in ihrer Art eindrucksvoller und nachhaltiger war, als manche weit stärker besuchte. Neun Beiträge zu unserer Partei waren das organisatorische Ergebnis: neun Genossen mehr, die nun mit uns gemeinsam gegen Notverordnungen und Belagerungszustand, gegen Tolerierungspolitik

und Faschismus, für den Sieg der Arbeiterklasse kämpfen werden. Ich brauchte es nicht zu bereuen, daß ich nun doch erst wieder in den Morgenstunden ins Bett kam.

Karl Friedrich.

„Denn sie wissen, was sie tun“

Justizroman von Ernst Ottwald

Preis karton. 2,85 M. Malik-Verlag.

Klassenjustiz ist in Deutschland immer aktuell gewesen. Man hat nicht auf den Fall Ossietzky und auf Herrn Reichsanwalt Jorns warten müssen, um zu erfahren, was für Richter es bei uns gibt.

Aber es ist erforderlich, Klarheit darüber zu schaffen, das Klassenjustiz — Ausnahmen immer in Rechnung gestellt — gar nicht das Ergebnis irgendwelcher konstanter Bosheit der amtierenden Talare ist. Diese Justiz ist ein höchst notwendiger Bestandteil im bürgerlichen Machtapparat, und der wirkt schon durch sein Bestehen an sich, durch sein ideologisches Fundament und seine traditionelle Handhabung gegen die besitzlose Klasse. Die Männer in diesem Apparat mögen ohne Haß und ohne Liebe urteilen so objektiv wie immer — sie werden doch nur Klassenurteile fällen! Und wie und warum das so ist, arbeitet Ernst Ottwalds neues Werk mit höchst wünschenswerter Klarheit heraus. Tatsächlich zeigt er — einfach und feuilletonistisch geschickt — warum Klassenjustiz Klassenjustiz ist, warum Klassenrichter Klassenrichter sein müssen. Tatsächlich ist in dieser Justizmaschine nur ein beschränkter und unzureichender Raum für verstandesmäßige, für menschliche Regungen. Eine Maschine verteidigt Ruhe und Ordnung, sie steht an einem wichtigen Teil der Bürgerfront. Eine nüchterne Maschine, zu deren Ueberwindung die besitzlose Klasse sich ebenso nüchtern klar werden muß über ihre Konstruktion und ihr Funktionieren. Und Ernst Ottwald hat verdient, daß man sagt: Er hat ihre Konstruktion und ihr Funktionieren gut geschildert. —ner.

Kleines Feuilleton

Schreker-Uraufführung.

Unter der Leitung von Dr. Meyer-Giesow werden demnächst in Krefeld „Vier kleine Stücke für großes Orchester“ von Franz Schreker uraufgeführt werden.

Ein Denkmal aus der Eiszeit.

Wie aus Prag berichtet wird, wurde in Mistek (Tsch.-Sl.) ein Denkmal aufgestellt, das aus einem 40 Zentner schweren erratischen Block besteht. Dieses „Eiszeit-Denkmal“ ist aus finnischem Granit und überragt an Größe den bekannten Eiszeitblock vor der Technischen Hochschule in Brünn.

Das magnetischste aller Metalle.

Eine neue Metallegierung bringen die Westinghouse-Werke zu Pittsburg (USA) in den Handel. Die Legierung hat den Namen Hipernik erhalten und soll 30mal magnetischer als Stahl sein. Sie stellt somit das magnetischste aller Metalle dar.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

Copyright by Greifverlag Rudolstadt

24. Fortsetzung

Es wurde geltend gemacht, daß finanzielle Gründe gegen die Fürsorgeerziehung sprechen. Dieser Einwand ist der verkürzteste von allen. Allerdings verdient jetzt die Auguste Wehner ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit als Verkäuferin, während sie in der Erziehungsanstalt nichts verdient. Hierauf darf aber keine Rücksicht genommen werden. Die Kosten für die Erziehungsanstalt werden von dem Landesfürsorgeverband einstweilen vorgeschossen, also braucht das Mädchen nichts zu verdienen, um leben zu können; und auch für den vorläufig zahlungspflichtigen Landesfürsorgeverband entsteht dadurch kein Schaden, weil nach der Entlassung aus der Erziehungsanstalt die Erstattung der verauslagten Verpflegungskosten aus dem pfändbaren Vermögen der Minderjährigen beigetrieben werden kann. Daß der Verdienst der Auguste Wehner auch noch erforderlich ist, um den mit ihrer Schwester gemeinsamen Haushalt bestreiten zu können, spielt keine Rolle. Dies ist in der Literatur ausdrücklich hervorgehoben; denn „nicht maßgebend darf der einseitige Gesichtspunkt sein, daß die Arbeitskraft des Minderjährigen in der Familie benötigt wird“ (vgl. Fichtl, Jugendwohlfahrtsgesetz, S. 131).

Es hat sich ergeben, daß alle Einwendungen der Beteiligten nicht stichhaltig sind.

Andererseits ist das Gericht davon überzeugt, daß der Auguste Wehner die Gefahr der Verwahrlosung droht. Abgesehen von den

oben angeführten Gründen ist noch erwiesen, daß das außereheliche Kind der Hedwig Wehner von deren Freund, mit dem sie schon seit fünf Jahren ein Verhältnis unterhält, in ganz außergewöhnlich reichem Maße mit Spielsachen und mit Kleidungsstücken und dergleichen beschenkt wird, daß er dieses Kind trotz seiner außerehelichen Geburt liebkost und akkubiert und mit dem Kind so liebevoll verfährt, als wäre es ehelich. Dies alles sieht die Auguste Wehner mit an. Das muß selbstverständlich ungünstig auf sie einwirken, denn wenn dieses heranwachsende, jetzt achtzehn Jahre alte Mädchen mit ansieht, daß das Kind trotz seiner außerehelichen Geburt so gut behandelt wird, wie es nicht einmal bei ehelichen Kindern immer der Fall ist, so ist dieser Umstand geeignet, bei der Auguste Wehner den jedem sittlich empfindenden Menschen innewohnenden Abscheu vor der außerehelichen Geburt in das Gegenteil zu verkehren und die bei ihr etwa vorhandenen Hemmungen, die sie von dem außerehelichen Geschlechtsverkehr abhalten, aufzuheben. Dieser Umstand allein würde genügen, um die Ueberzeugung des Gerichts von der Gefahr der Verwahrlosung zu begründen.

Aus diesen Gründen war zu erkennen, wie geschehen.

Dr. Schubert, Amterichter.

29.

„Hier finden Sie Material für Ihre Arbeiten,“ sagte Dr. Geyer zu seinem Assessor,

„Sie interessieren sich doch so sehr für soziale Probleme. Da haben Sie eine Frage, die des Schweißes der Edlen wert ist. Studieren Sie einmal die Sache durch, wir wollen dann darüber sprechen.“

Mit diesen Worten reichte er ihm die Akten Wehner wegen Fürsorgeerziehung.

„Das ist ja eine grauenvolle Geschichte,“ meinte der Assessor, als er zur Besprechung kam, „aber es wundert mich gar nicht.“

„Wieso?“

„Ich kenne den Betrieb beim Jugendamt genau,“ sagte der Assessor, „die Schwester meiner Mutter, also meine Tante, ist Fürsorgerin beim Jugendamt. Mit der habe ich schon oft darüber gesprochen. Was dort für Ansichten herrschen, das kann ein normaler Mensch überhaupt nicht verstehen. Mir hat sie einmal erzählt, daß sie einem Mädchen, daß sich bei ihr um eine Arbeitsstelle beworben hat, keine Stellung verschafft hat, weil sie gepudert war. Wenn eine gepudert ist, kann sie auch verhungern, hat sie gemeint, ich habe mich doch auch nie in meinem Leben gepudert. Und verwahrlost ist nach deren Begriffen überhaupt jeder Mensch. Ueberhaupt jede Berührung zwischen zwei Menschen verschiedenen Geschlechts ist schon Verwahrlosung. Die Buben dürfen nicht wissen, daß es Mädchen gibt und die Mädchen dürfen nicht wissen, daß es Buben gibt, das ist Moral. Tanzen ist Verwahrlosung und Tennisspielen ist Verwahrlosung, und jung und lustig sein ist Verwahrlosung, und hübsch sein, ist überhaupt der Gipfel der Verwahrlosung.“

„Bei Gericht ist die Einstellung auch nicht viel anders,“ setzte Dr. Geyer den Gedanken fort, „und die Wahrheit bringen die bei Ge-

richt nie heraus in solchen Sachen, das ist die Folge von der ganz außergewöhnlichen Art des Verfahrens, die hier vom Gesetz vorgeschrieben ist. In jeder kleinen Strafsache, bei der es sich darum handelt, ob jemand eine Geldstrafe von drei Mark bekommen soll, hat der Angeklagte ein Recht darauf, daß die Zeugen in seiner Gegenwart vernommen werden, daß er ihnen Fragen stellen darf und daß er angeben darf, welche Zeugen er vernommen haben will. Es muß ihm das Recht der Verteidigung gewährt werden, es muß ihm vor allem mitgeteilt werden, wessen er eigentlich beschuldigt wird. Aber der Jugendliche, dem Verwahrlosung oder gar Gefahr der Verwahrlosung nachgeredet wird, ist lediglich Objekt des Verfahrens ohne jeden Einfluß auf den Gang der Sache. Er erfährt gar nicht, um was es sich eigentlich handelt. Er erhält günstigstenfalls eine Vorladung vor Gericht, ohne Angabe von Gründen und ohne Angabe des Sachverhalts, über den er sich äußern soll. Und dabei handelt es sich nicht um eine Geldstrafe von ein paar Mark, sondern um die ganze Zukunft, um die Richtung, in die das Leben des heranwachsenden Menschen hineingedrängt wird, denn darüber brauchen wir zwei uns wohl nicht mehr zu unterhalten, daß die Verbringung in die Fürsorge für den Jugendlichen die Vernichtung seiner Existenz, die völlige Entwurzelung bedeutet. Dieses ganze Verfahren, das auf der Rechtlosigkeit und Wehrlosigkeit des Jugendlichen und auch seines Vormundes aufgebaut ist und dem die elementarsten Verteidigungsmöglichkeiten genommen sind, kommt einem vor, wie ein Ueberbleibsel aus der spanischen Inquisition, es ist eine Art heimliches Femgericht, ohne jede Kontrolle durch die Öffentlichkeit oder durch einen Sachwalter des Jugendlichen.“

(Fortsetzung folgt)

Der tägliche Vormarsch

In Peisterwitz stieg nach einer glänzend besuchten öffentlichen Versammlung unsere Mitgliederzahl auf 50 an.

In Verden a. d. Aller war trotz des Verbots der Bremer „Volkszeitung“ eine große Anzahl von SPD-Mitgliedern, die sich nie mehr in einer Versammlung blicken ließen, in der Seydewitz-Versammlung erschienen. Zahlreiche Uebertritte von Genossen, die infolge der SPD-Politik längst inaktiv geworden waren, war das Ergebnis.

In Würzburg mußten Hunderte umkehren, die in die Portune-Versammlung keinen Einlaß mehr fanden.

Wer bringt die Massen auf die Beine, wer aktiviert sie und erweckt das erlahmte politische Interesse? Allein die SAP!

In Rautenkranz, einem Walddorf im Vogtland, in dem die SPD-Ortsgruppe geschlossen zur SAP übergetreten ist, wurde eine Schutzbundgruppe gebildet, der sich sofort 30 Genossen anschlossen. Im Waldgebiet ist damit der Schutzbund auf 70 Mann angewachsen.

In Kamenz wirkte sich die Notverordnung zugunsten der SAP aus. Nachdem eine öffentliche Versammlung, die verboten wurde, in eine Mitgliederversammlung umgewandelt war, schlossen sich sofort acht Genossen als Mitglieder an.

Auch in der Hochburg des Revisionismus, im Magdeburger Bezirk, dringt die SAP vor. In Dahleu war sieben wurde eine starke Ortsgruppe ins Leben gerufen.

In Schivelbein konnte trotz der Notverordnung noch eine öffentliche Versammlung abgehalten werden. Ein starker Zuwachs an Mitgliedern ist das Ergebnis.

In Neustadt a. d. Hardt wurde eine Schutzbundgruppe gegründet, der sich sofort 40 Genossen anschlossen.

Die verbotene SAP-Versammlung wird wiederholt

Nachdem die öffentliche Versammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei, die am Freitagabend in KHeims Festsälen stattfinden sollte, durch die Burgfriedensnotverordnung des Herrn Brüning verboten war, wurde beschlossen, an diesem Abend im gleichen Lokal wenigstens eine Mitgliederversammlung der SAP und der SJV Groß-Berlins abzuhalten, zu der nur Mitglieder gegen Ausweis Zutritt haben sollten.

Trotzdem geschlossene Versammlungen nach dem Wortlaut der Notverordnung nicht verboten sind, hat das Innenministerium die begehrende Anweisung erlassen, diese Versammlung „wegen der zu erwartenden hohen Besucherzahl“ ebenfalls zu verbieten.

Dieses Ausnahmeverbot gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft wurde dazu so spät mitgeteilt, daß es nicht mehr möglich war, der Mitgliedschaft der SAP davon Kenntnis zu geben.

So sammelten sich am Freitagabend weit über tausend Arbeiter an der Hasenheide, um zu der Versammlung zu gelangen. Tausend schlechtbezahlte oder stempelnde Proleten hatten ihr Fahrgeld, das sie im Interesse der Bewegung geopfert hatten, umsonst hinausgeworfen.

Es ist ein starker Beweis für die Disziplin der aufgeklärten Arbeiterschaft, daß es trotz der großen Erbitterung der Massen nicht zu Zusammenstößen mit den absperrenden Polizeimannschaften kam.

Die Berliner Parteilitung der SAP hat die Absicht, diese Versammlung für nächste Woche noch einmal einzuberufen, und zwar ohne den SJV. Das Berliner Polizeipräsidium hat als Grund angegeben, daß die Versammlung verboten wurde, weil zwei Organisationen zusammen die Einberufung der Versammlung vorgenommen haben. Die nächste Versammlung wird nur von der SAP einberufen und dann werden wir sehen, ob geschlossene Mitgliederversammlungen der SAP um jeden Preis verboten werden. Die Anhänger der SAP aber werden alles aufbieten müssen, um die durch den „Weihnachtsfrieden“ erschwerte Aufklärungsarbeit mit allen Mitteln zu betreiben, um die Massen mobil zu machen für den Kampf gegen diese Notverordnung und gegen ein System, das alle Lasten auf die Arbeitermassen abwälzt.

Unsere zur Versammlung geeilten Berliner Genossen sind durch das Verbot der Polizei zur besonderen Aktivität angespornt worden. So hat z. B. bei der vor dem Versammlungsort stehenden Masse ein einziger Genosse aus Neukölln neun Mitkämpfer gewonnen.

Wirkung der Notverordnung

Unklarheiten — Abgebaute Rechte der Angeklagten

Der Frack verboten?

Zu dem Kapitel Uniformverbot wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß Jugendgruppen politischer Vereine auch als politische Vereinigungen gelten und demgemäß keine Uniformen und Abzeichen tragen dürfen. Bei dem Tragen der Abzeichen oder gemeinsamen Kleidung komme es nicht darauf an, daß die betreffende Person einer politischen Vereinigung angehöre, sondern daß sie die Abzeichen beziehungsweise die Kleidung einer politischen Vereinigung trage.

Auch diese Erläuterung läßt offen, was eigentlich eine „verbotene Uniform“ ist und welche Kleidung ein deutscher Staatsbürger nicht tragen darf. Wenn die Jugend ihre Einheitskleidung nicht tragen darf, so sollte das, was ihr recht ist, den Nonnen, Rechtsanwälten und Priestern aller Konfessionen billig sein. Und wie steht es mit dem genormten Frack?

Der Schutz des Angeklagten geht dahin

Berlin, 11. Dezember.

„Im Strafverfahren wegen Beleidigung bestimmte das Gericht, auch wenn die Tat auf erhobene öffentliche Klage verfolgt wird, den Umfang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein.“

„In allen Strafverfahren wegen Beleidigung, in denen die Staatsanwaltschaft die Ver-

folgung übernimmt, ist das Schnellverfahren (§ 212 STPO) auch dann zulässig, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird.“

So lautet der 8. Teil des III. Kapitels §§ 4 und 5 der neuen Notverordnung.

Freies richterliches Ermessen; Ausschaltung der Rechte der Verteidigung. Wir kennen das. Im Kriege waren es die Standgerichte, und auch die Ausnahmegerichte haben so gearbeitet.

Hier aber ist es noch etwas anderes außerdem. Die Richter hat man durch Arbeitsüberhäufung in einen Zustand gebracht, der ein verantwortungsbewußtes Handeln selbst dann in Frage stellt, wenn der betreffende Richter sehr fähig, sehr willig, sehr republikanisch eingestellt ist. Schafft der Richter sein Pensum nicht, dann fällt seine „Statistik“ schlecht aus: seine Chancen für die Zukunft verschlechtern sich. Kürzt er deshalb die Verfahren ab, erledigt er möglichst viel „Fälle“, dann bekommt er um so mehr Berufungen nicht nur tatsächlicher, sondern formal-juristischer Begründung. Das schadet ihm ebenfalls. Jetzt zwingt man ihn zum zweiten Weg. Und das Ganze heißt dann, bei aller Erhöhung des freien richterlichen Ermessens, unabhängiger, unparteiischer Richterstand.

Angestellte öffentlich-rechtlicher Betriebe

Während alle bisherigen Notverordnungen die Arbeiter und Angestellten der sogenannten

öffentlich-rechtlichen Unternehmen den Beamten nur gleich gestellt haben — beim Abbau natürlich —, werden sie jetzt sogar noch schlechter behandelt. Wenn man feststellt, daß man den Beamten trotz Pensionsberechtigung und trotz der Möglichkeit, automatisch in höhere Gehaltsstufen aufzurücken, nur 9 Prozent Kürzung zumuten kann — effektiv, bei Berücksichtigung der von den Abzügen nicht betroffenen Zuschläge, in keinem Falle mehr als 8 Prozent, in vielen Fällen erheblich weniger — dann kann man unmöglich den weder aufdrückenden noch gegen Entlassungen durch Pensionen irgendwie geschützten Arbeitern und Angestellten . . . 10 Prozent zumuten. Allmählich werden auch diese Proletarier merken, wie der Hase läuft, allmählich wird ihnen das Licht der Erkenntnis in der kapitalistischen Wirtschaft schrecklich aufgehen!

Bayern ist zufrieden

München, 11. Dezember.

Die Bayerische Volksparteikorrespondenz stellt anerkennend fest, daß die Reichsregierung ihre seinerzeitigen Versprechungen hinsichtlich der Beschwerden über die letzte Notverordnung in der neuesten Notverordnung in loyalster Weise eingelöst habe. Damit sei der Streitfall, der im Anschluß an die Oktober-Verordnung zwischen Bayern und dem Reich entstanden war, endgültig aus der Welt geschafft. Die bayerische Staatsregierung könne einen erfreulichen politischen Erfolg buchen.

Heilmann gegen Max Sievers

Severing beschlagnahmt ein Flugblatt über kirchliche Korruption — Der Vorsitzende des Freidenkerverbandes gegen Severing — Ernst Heilmann stellt sich schützend vor die Pastoren vom Devaheim

Minister Severing hat kürzlich ein Flugblatt des Freidenkerverbandes beschlagnahmen lassen, das in sachlicher Weise die Korruptionserscheinungen behandelte, die durch den Zusammenbruch der von Pastoren und Konsistorialräten begründeten und geleiteten Deva-Heim-Gesellschaft offenkundig geworden sind. Daraufhin hat der Vorsitzende des Freidenkerverbandes, der in der SPD organisierte Genosse Max Sievers in dem Organ des Freidenkerverbandes „Der Atheist“ gegen Severing polemisiert und gesagt:

„Es ist nun seit Ende März das dritte Mal, daß der preußische Minister des Innern Severing die Initiative zu einem Vorgehen gegen die Freidenkerbewegung ergreift. . . Es wäre nur noch eine Bilanz zu ziehen: Republikanische Regierungsweise hat sich einen neuen Glorienschein erworben, denn der Kirche Segen ist mit ihr und mit ihr das Dankgestammel derer, die im Devaheim-Skandal so heillos kompromittiert wurden.“

Die heillose Kompromittierung der Pastoren und Severings hat Ernst Heilmann nicht schlafen lassen. In der neuesten Nummer des „Freien Wort“ wendet er sich gegen den Genossen Sievers und straft ihn folgendermaßen ab:

„. . . Der ganze höchst bedauerliche Zwischenfall und die ganze Schimpferei . . . sich leicht hätte vermeiden lassen, wenn Genosse Max Sievers mehr Verstand und mehr Bemühung an seine Aufgabe als Führer einer großen Organisation verwendet. . . Aber ist denn zum Donnerwetter im ganzen Deutschen Freidenker-Verband nicht ein Genosse, der das wirklich nicht schwer zu begreifende Notverordnungsrecht so weit kennt, daß er dem Genossen Sievers Bescheid sagen kann, was man schreiben darf und was nicht?“

Gerade das aber, zu unterscheiden, was man schreiben darf und was nicht — ist keineswegs so leicht. Heilmann hat da Unrecht. In Sievers' Angriff gegen Severing war nämlich ausdrücklich erwähnt, daß das Berliner Polizeipräsidium das später von Severing beanstandete Flugblatt zuerst zugelassen hatte, und daß der württembergische Innenminister auf eine Denunziation kirchlicher Kreise bedauernd zur Antwort gegeben hatte, aus der Notverordnung ließe sich leider keine Rechtsgrundlage für ein Verbot des Freidenker-Flugblattes herleiten.

Später appellierte Heilmann an den bereits so vermühten Genossen Sievers und verspricht ihm die Anerkennung „der gesamten Partei“ dafür, daß Sievers gerade in den letzten Wochen einen sehr deutlichen Trennungs-

strich zwischen sich und den Spaltern gezogen habe.

Der ganze Vorgang ist mehr als charakteristisch. Er zeigt maßgebliche sozialdemokratische Führer in erbitterter Front- und Kampfstellung gegen die Freidenker innerhalb der Partei, deren Lebensraum durch die Notverordnungs politik der Sozialdemokratie immer weiter eingeschränkt wird.

Auch dieser Vorgang sollte die sozialdemokratischen Arbeiter lehren, daß nicht nur ihre wirtschaftlichen Interessen, sondern auch ihre kulturellen Bedürfnisse heute innerhalb der Sozialdemokratischen Partei nicht mehr vertreten werden können und daß die Sozialistische Arbeiterpartei mit allem Nachdruck gegen die Notverordnungs politik und insbesondere gegen die Unterdrückung der Freidenker kämpft.

Neue Verwendungsmöglichkeiten der Arbeitslosen

Zur Notdemonstration vor der internationalen Gläubigerfront

Es geschieht manchmal trotz des Rabbinen Akiba doch etwas Neues in der Welt. Die deutsche Arbeiterschaft erregt auf einmal das innige Mitgefühl der notverordnenden deutschen Regierung. In Basel vor der Gläubigerfront sang der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Graf von Schwerin-Krosigk, ein bewegliches Lied über die Not der Arbeitslosen.

In Deutschland seien, so führte der Herr Ministerialdirektor aus, gegenwärtig mehr als fünf Millionen Menschen arbeitslos. Von diesen würden

nur noch 30 Proz. durch die Arbeitslosenversicherung unterstützt.

Die übrigen 70 Proz. fallen zum Teil der Krisenfürsorge, zum Teil der Wohlfahrtspflege der Gemeinden zur Last. Graf Schwerin-Krosigk gab einige Zahlen über die Unterstützungssummen für die Arbeitslosen, von denen er sagte,

daß sie bis an die äußerste Grenze des Existenzminimums jetzt heranreichten. Solche Töne hört man in Deutschland von dieser Seite nie! Dan klinge anders! Da ist's die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter, die den Staat an den Rand des Bankrotts führt. Da heißt's, daß die Unterstützungssätze viel zu hoch sind und daß sie abgebaut werden müssen. (Und sie werden abgebaut.)

Da heißt's, daß die ganze Sozialversicherung nur eine „Pämie auf die Faulheit“ ist. In Basel aber werden die Arbeitslosen ihrer Not für den nationalen Zweck und für die Belange des Kapitals in ihrem Elend präsentiert und als Trumpfkarte ausgespielt. Wir wollen's nicht vergessen! Dem Herrn Grafen aber wollen wir ein Geheimnis verraten: Die Arbeitslosen sind schon längst unter die unterste Grenze des Existenzminimums gedrückt worden. Aber das in Basel zu sagen verbot allerdings die innerpolitische und kapitalistische Rücksicht.

Die Notwelle in der Tschechoslowakei

Starkes Ansteigen der Arbeitslosenzahl Prag, 11. Dezember.

Nach amtlichen Berichten beträgt die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig 336 874 gegenüber nur 254 201 Ende Oktober. Allein im Monat November ist eine Steigerung um 82 600 zu verzeichnen. Im November des Vorjahres betrug die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei nur 154 499, so daß sich eine Steigerung um volle 118 v. H. im Laufe eines Jahres ergibt.

20.000 Reichsmark

stellen wir bereit, um unseren Mitgliedern, die Erwerbslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung sowie Invalidenrente beziehen **Brot verbilligt ab 14. Dezember 1931 abzugeben**

Mitgliedskarte sowie Ausweis sind in der Verteilungsstelle abzugeben

Allgemeiner Konsumverein für Düsseldorf und Umgegend e. G. m. b. H.

Sportschau der SAZ

Haltet ein!

Der Irrweg der Führer des deutschen Arbeitersports

Die „SAZ“ hatte in den letzten Wochen auf die Absicht der Führerschaft der deutschen Arbeitersportbewegung aufmerksam gemacht, die Arbeitersportorganisationen immer mehr und mehr zu Anhängseln der Sozialdemokratischen Partei zu machen. Wir hatten damals schon — besonders im Hinblick auf den Arbeiter-Turn- und Sportbund — auf die Gefährlichkeit solcher Tendenzen für die einheitliche Kampfkraft der Arbeitersportorganisationen hingewiesen.

Nun hat die Zentralkommission für Arbeitersport, die Kopforganisation der verschiedenen Arbeitersportverbände, getagt. Und die Beschlüsse, die sie gefaßt hat, bestätigen das, was wir befürchteten. Es wurde nämlich u. a. folgendes beschlossen:

„Der Freiwillige Arbeitsdienst soll in Fällen, wo unsere Verbände Träger des Dienstes und der Arbeit sein können, in Anspruch genommen werden. In der Hauptsache sollen auf diesem Wege neue Übungsstätten errichtet oder vorhandene ausgebaut werden. Der Eintritt in Arbeitskolonnen fremder Organisationen kann nicht empfohlen werden.“

Wie ist so etwas möglich? wird jeder unbefangene, brave Sportgenosse fragen. Wie kann man so kampflös kapitulieren, wie kann man Regierungsmaßnahmen für gut befinden und „ausnutzen“ wollen, die man noch vor kurzer Zeit selbst ablehnte, die die Gewerkschaften noch heute mit Recht bekämpfen? Hat man denn schon ganz die Parolen, die Aufrufe vergessen, die man einst — es ist noch gar nicht lange her — gemeinsam mit der SPD und den Gewerkschaften erlassen hatte gegen die Schande der „Freiwilligen Arbeitsdienstpflicht“ (ein Wort übrigens, das in sich die größten Widersprüche birgt), hat man nicht damals sehr richtig und immer wieder betont, daß hinter diesem „freiwilligen“ Dienst (es steht ja „nur“ wirtschaftlicher Druck dahinter) das von den Faschisten so sehr ersehnte Pflichtarbeiterjahr und was noch mehr lauert, daß das „Pflichtturnjahr“ auf derselben Linie liegt?

Nun, das begreift man zum Teil, wenn man die zweite Entscheidung hört, die in der gleichen Sitzung gefaßt worden ist und die so lautet:

„Die Stellung zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) wird dahin präzisiert, daß jede Werbung für diese Partei in den Arbeitersportvereinen unter allen Umständen zu unterbleiben hat. Das bezieht sich auch auf den Vertrieb von Drucksachen und Schriften. Es kann auf keinen Fall geduldet werden, daß die politische Spaltung auf die Arbeitersportvereine übertragen wird.“

Nun weiß man's. Den Weg der SPD soll die Arbeitersportbewegung einschlagen, und damit die Führerschaft ungestört bleibt, müssen alle „Spalterelemente“ heraus, denn es könnte die „Einheit der Arbeitersportbewegung“ gefährdet werden, wenn einige Genossen ihren Führern nicht widerspruchs- und bedingungslos auf diesem Weg folgen.

Und es ist ein verhängnisvoller Irrweg, den die „offizielle“ Arbeitersportbewegung einschlägt. Die SAP hat seit ihrem Bestehen immer betont, daß sie jede Spaltung der Sport- wie der Gewerkschaftsorganisationen aufs entschiedenste bekämpft. Sie hält es aber für notwendig, daß diese Organisationen wahrhaft proletarische, aber parteipolitisch unabhängige Klassenorganisationen

sein müssen, die sich nicht irgendeiner Partei an den Hals werfen und mit ihr durch dünn und dick und alle Irrungen gehen, sondern die ihre unbestreitbare Macht dazu benutzen können, eine irrende Arbeiterpartei zur Raison zu rufen. Nur so können sie eine der starken Säulen werden, auf denen sich die so ungeheuer notwendige Einheit der proletarischen Klasse aufbauen kann! Nicht die Organisation, das Ziel ist alles!

Sachsen — Sport

Burgstädter Bezirk Fußballspiele am Sonntag

Burgstädt—Berthelsdorf (14.00 Uhr). Der Platzbesitzer probiert eine neue Mannschaft aus. Man kann auf das Ergebnis gespannt sein. — **Herrenheide** wird sich auf eigenem Platz gegen Seifersbach anstrengen müssen, um diesmal obenauf zu bleiben. (14.00). — **Rußdorf** wird in Lunzenau einen nicht zu verkennenden Partner haben. (14.30 Uhr). — **Rechtsburg** stellt sich wieder einmal den eigenen Anhängern vor, wenn auch vorderhand noch im benachbarten Lunzenau gespielt werden muß. (14.30 Uhr). — **Remse 2** ist der Gegner, der Unterliegen sollte. — **Tauscha-Penig**, der Neuling, weilt in Burgstädt um bei der E. sein Können zu zeigen. (12.30)

Eine Frauen-Lehrstunde und Versammlung der 2. Gruppe

Am 5. Dezember in der Turnhalle Voigtsherg statt. Für den erkrankten Genossen Heil sprang Genosse Hertel ein. Die Lehrstunde ergab eine rege Debatte über den vielseitigen Lebensstoff, den der Leiter bot. Die anschließende Versammlung hatte über die Neuwahlen und die Arbeiten für das nächste Jahr zu beschließen. Genossin Götz hat einen ausführlichen Vortrag über die Frauen-Vertreterinnen-Konferenz in Falkenstein. Die dort gebotenen Referate werden den Vereinen noch schriftlich übermittelt. Als Gruppen-Frauenturnwart wurde Gen. Hans Banmann gewählt, als technische Helferin steht ihm zur Seite Genossin Eib Götz, als Schriftführerin wurde die Genossin Ida Götz wiedergewählt. Aus dem nun fertigen Jahresprogramm der Gruppe seien erwähnt die beiden Lehrstunden in der Halle des Turnvereins Oelsnitz und im Herbst in Raschau sowie eine Frauen-Werbewoche. Unter Verschiedenes wurde auf den Olympialen-Film, der in den Aalder-Lichtspielen in Oelsnitz am 8. und 9. Dezember läuft, aufmerksam gemacht. Genossin Götz forderte die Gruppenvereine auf, mindestens von jedem Verein eine Genossin zum Bezirksratung zu delegieren.

Um die sächsische Kreismeisterschaft

Nachdem nunmehr sämtliche Bezirksmeister bis auf den 7. Bezirk, der am Sonntag ermittelt wird, feststehen, ist wohl ein kurzer Rückblick notwendig.

Im Bezirk löste VfK-Südwest den vorjährigen Meister Sportvereinigung Pegau ab. Im Endspiel wurde West 0:3 geschlagen.

Der Dresdner Bezirk gedenkt in Pottschappel den besten Vertreter gefunden zu haben. Ob dies zutrifft, ist fraglich.

Auch der Chemnitzer Bezirk sieht in „Sachsen“ einen neuen Meister.

Der Bezirk Mittweida-Döbeln brachte ebenfalls keine Verschiebung zustande. Er wird wieder vom Verein Rasensport-Döbeln vertreten.

Der 6. Bezirk (Zwickau) sieht in Niederhaßlau schon den Kreismeister. Möglich wäre es schon, da ihn Niederhaßlau schon 1929/30 inne hatte, ob aber ... ?

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Die für Sonntag, 13. Dezbr., angesetzte Bildungsbesprechung fällt am ständehalber aus. Nähere Mitteilungen folgen.

Ortsgruppe Kreuzberg: Funktionärerversammlung, Montag, 14. Dezember, 19.30 Uhr, bei Sievert, Bockstr. 8.

Ortsgruppe Charlottenburg: Mitgliederversammlung, Montag, 14. Dezember, 20 Uhr, bei Perschel, Kaiser-Friedrich-Str. 82. Referat: Gegen den Faschismus, für die Einheitsfront.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg, Bildungszirkel: Kurtus-Fabian „Einführung in den Marxismus“, Montag, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Allee 34. Die bestellten Bücher müssen an diesem Abend bezahlt werden.

Bezirksverband Berlin: Erweiterte Bezirksvorstandssitzung, Donnerstag, 17. Dezember, 20 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Von jeder Ortsgruppe hat nur ein Vorsitzender Zutritt.

Ortsgruppe Pankow: Mitgliederversammlung, Mittwoch, 14. Dezember, 19.30 Uhr, bei Lehmann, Mühlenstr. 38, Ecke Maximilianstraße. Aussprache über proletarische Wehrhaftigkeit und Schutzdienst.

Ortsgruppe Zehlendorf: Mitgliederversammlung, Mißb. 16. Dezbr., 19.30, im Restaurant „Schneiders“, Zehlendorf, Potsdamer Straße 25. Referat: Gen. Schaber, Thema: Unser Aktionsprogramm.

Bezirksverband Berlin: Referentenkursus der Sozialistischen Arbeiterpartei, Dienstag, 15. Dezbr., 11.30, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstraße 13, Zimmer 98, part.

Ortsgruppe Kreuzberg: M.-V., Dienstag, 15. Dezbr., 20, in der Alkoholfreien Gaststätte, Marheineckplatz. Ref. Gen. Zweifling.

Freie Spielleute Neukölln: Übungsstunde jeden Dienstag, 20.22, bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstraße 24. Interessenten für Trommeln, Pflö, Schlagzeug werden sachgemäß ausgebildet. Vorsitzender: Karl Schenk, Karlsgartenstraße 18, Techn. Leiter: Richard W. Schultz, Mantiusstraße 16.

Ortsgruppe Neukölln: Mittwoch, 16. Dezbr., 1/2, Abteilung, 19.30, im Lokal Löffler, Mitgliederversammlung. Thema: Unsere Arbeit in den Gewerkschaften. Ref. Gen. Müller, 4/5, Abt., Donnerstag, 17. Dezbr., M.-V., 20, bei Damm, Herzb. 22. Thema: SAP und Gewerkschaften. Ref. Gen. Lohrer, 6/10, Abteilung, Mittwoch, 16. Dezbr., 19.30, M.-V. im Lokal Nogathecke, Ecke Nogatth und Bodest. 10. Thema: Organisationsrat. Ref. Gen. Seifert.

Sozialistischer Jugend-Verband Groß-Berlin:

Ortsgruppe Charlottenburg: Montag, 14. Dezbr., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Perschel, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 82. Referat: „Gegen den Faschismus — Für die Einheitsfront.“ Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Ortsgruppe Kreuzberg: Funktionärerversammlung, Montag, 14. Dezbr., 19.30 Uhr, bei Sievert, Bockstr. 8.

Bezirksverband Berlin: Die für Sonntag, 13. Dezbr., angesetzte Bildungsbesprechung fällt umstandehalber aus. Nähere Mitteilungen folgen noch.

Freiwillige Gemeinde: Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15. Vortrag des Herrn Dr. K. Stürmer, Thema: „Gesellschaftskritik“ der modernen amerikanischen Literatur.

Ortsgruppe Teltow: Funktionärerversammlung, Montag, 14. Dezbr., 20 Uhr, bei Gen. Schultz, Feldstr. 28.

Fraktionsversammlung der Vorwärts-Belegschaft: Sonntag, 9.30 Uhr, in den Odellow-Lögen, Alte Jakobstr. 128. Genossin Dora Fabian spricht über: „Arbeiterschaft und SAP.“

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Volkshöhne
Tisch u. Stühle
D 1, Norden 244
Sonntag 11 Uhr:
Die Hauberwindlichen
8 Uhr:
Die Großherzogin
von Gersleben
Bettfedern
aus erster Hand, dzb. billig, Popp, gereinigt, füllkräftig, Fed. graue 60 Pf., geschliss. 10 u. 90 Pf. Bupf weich 1,50, Halbdaunen 2,75, weiß 4, hoch feil 5, geschliss. weiß 3,50, Schleißhalbf. 5, Daunen 4, 7, weiß 7, 10, Oberbetten, 1,50, 1,80, 2,20, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 5,50 u. besser, Vergr. Nachn. von 30, portofrei, Nichtpass. retour, Must. n. Preisliste gratis, Böh. Bettfed. Spezial-Haus, Sachsel n. Stadler, Berlin C 499, Landberger Str. 43

Betrifft Trauring-Wiese

Nachdem alle großen Berliner Tageszeitungen die sensationelle Nachricht von der Verhaftung des „Trauring-Wiese“ brachten, erleben wir uns unseren alten Tausenden zählenden zufriedenen Kunden folgendes zur Aufklärung mitzuteilen.

Die Firma Wiese ist eine der bekanntesten Edelmetall-Ankaufstellen, die seit Jahren, besonders von Privaten, Bruchgold- und Silber ankauft. Der Ankauf findet nach den polizeilichen Vorschriften gegen Legitimation statt. Auch die gestohlenen Silbersachen waren vorschriftsmäßig in das Ankaufbuch eingetragen und gutgläubig gekauft. Herr Wiese ist von der sächsischen Polizei verhaftet worden, die versucht, ihm gewerbsmäßige Hehlerei nachzuweisen. Nachdem das noch schwebende Ermittlungsverfahren beendet ist, wird sich die Unschuld des Herrn Wiese herausstellen.

Wir bitten unsere geschätzte Kundschaft, uns weiter ihr Vertrauen schenken zu wollen.

Fa. Hermann Wiese

Artilleriestraße 30
Kottbuser Damm 2
Passauer Straße 12

Reunion Cigarette
Fürst Pückler
1a Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

Werbt Abonnenten!

Sachsen

Einmaliges Angebot!

1 gr. Rheinmetall-Schreibmaschine

fabriziert, letztes Modell, 1100 S. — M. einschl. Verz. **Hugo Herper, Leipzig S. 3**, Perlestr. 11/12
Gen.-Vertr. f. d. Bezirk Zentr. d. Rheinmetall-Schreibmaschinen

Die allerfeinste Butter, den besten Käsen, Speisequark
kauft man direkt oder in den **Verkaufsteilen der Meierei Hermhut i. Sa.**

Ein Photo-Apparat
das schönste Geschenk
große Auswahl

Drogerie Behnisch
Ebersbach i. Sa., Hauptstraße

volkshochschule mylau i. v.

montag, den 14. dezbr., 20 uhr. im schloßtheater

2 große kulturfilme

1. „silberkondor über feuerland“
 2. „unter den kannibalen borneos“ (spieldauer 2 1/2 stunden)
2. platz 60 pf., 1. platz und seitenbalkon 80 pf. mittelbalkon und logen 1.— rm. erwerbslose 20 pf. weniger!

genossinnen! genossen! schaut euch diese filme an! bringt bekannte mit!

Parteilogenossen, Gewerkschaftskollegen!

Bei Bedarf von Herren-, Damen- und Kinder-Strümpfen

empfiehlt sich **Paul Tschöpel, Schneeberg i. Sa.**
Stelzengasse 16

Schuhwarenhaus Alwin Wünsche, Ebersbach i. Sa.

Beste Bezugsquelle von **Schuhwaren** aller Art.

Schutzbund - Hemden

dunkelblau, mit rotem Binder, waschecht, **Stück 2,95**, bei sofortiger Kasse, Abnahme von zwei Dutzend an liefert

Hemden-Fabrik Rudolph L. Sa.
Schließfach 10

Phönix-Nähmaschinen

auch andere Marken / Fahrräder, Wasch- und Wringmaschinen in welcher Auswahl zu niedrig. Preisen **Friedrich-Göttler, Neussatz-3-Prang**
NB.: Grammophon und Zubehör

Rote Bücher der Marxistischen Büchergemeinde

Im Dezember erscheint **Bd. IV Sozialistische Programme und die SAP** zur Programmdebatte der SAP von Anna Siemsen

In Vorbereitung, **Bd. V Gewerkschaften im Klassenkampf**

Preis für Mitglieder 3,— (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4,75.

Freie Verlagsgesellschaft
Berlin-Tempelhof, Holzschindlerstr. 67

Stärkt den Pressefonds